



Mitgliederzeitung der SP Schweiz
133 • CH Februar 2013 AZB 3001 Bern

freshfocus



Abzocker stoppen!

Setzen wir am 3. März mit einem Ja zur Abzocker-Initiative ein Zeichen gegen die Gier einzelner Manager und Verwaltungsräte. Und sagen wir Ja zu einem haushälterischen Umgang mit unserem Boden und zu einer zeitgemässen Familienpolitik.

Seiten 2 und 3

POSITIONEN



Olympia 2022: Die SP Graubünden sagt am 3. März Nein zu Olympischen Spielen in ihrem Kanton. Ihr Präsident Jon Pult sagt, warum.

Seite 8

WAHLEN



Ende Februar wird in **Italien** gewählt. Hoffentlich auch einige Kandidierende der Auslandsitaliener-Liste des Partito Democratico.

Seite 15

GESPRÄCH



«Menschenrechte ohne Demokratie?»: Neo-Nationalrat Matthias Aebischer spricht mit Alt-Nationalrätin **Gret Haller** über deren neues Buch.

Seiten 16 und 17

JA ZUM RAUMPLANUNGSGESETZ

Stopp der Landverschwendung

Das revidierte Raumplanungsgesetz verlangt, dass mit dem Boden haushälterisch umgegangen wird. Es sichert die nachhaltige Planung des Lebensraumes Schweiz und nimmt Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse.

Die Siedlungsentwicklung kann so nicht weitergehen: Baulücken, Siedlungsinseln und Grossbauten auf der grünen Wiese wachsen zu einem charakterlosen Flickenteppich an. Etwa drei Viertel aller neuen Wohnbauten sind Einfamilienhäuser, die Kulturland unter sich begraben. Täglich entziehen wir die Fläche eines Bauernhofes für immer der Möglichkeit, uns zu ernähren. Gleichzeitig liegen in den Städten 17 Millionen Quadratmeter gut erschlossene Industrieflächen brach, auf denen etwa 200 000 Menschen wohnen könnten. Mit der zunehmenden Zersiedelung wächst auch die Mobilität, die Strasse und Schiene täglich an den Rand des Verkehrskollapses bringt.

Ein Treiber der Landverschwendung sind überdimensionierte Bauzonen. Es gibt in der Schweiz Vorräte an Bauland für 2,5 Millionen Menschen. Und der Flächenverbrauch wächst – viel schneller als die Bevölkerung. Trotzdem wird fast täglich noch mehr neues Bauland eingezont. Gebaut wird aber nicht dort, wo Bedarf ausgewiesen ist, sondern irgendwo. Gut gelegenes Bauland wird gehortet, Gewerbe- oder Wohnsiedlungen entstehen als Bauinseln. Das Resultat: ein identitätsloser Siedlungsbrei.

Das Problem wurde schon vor Jahrzehnten erkannt. 1979 sagte der SVP-Nationalrat Ernst

Ackeret zur Einführung des heute geltenden Raumplanungsgesetzes: «Man mag es höchstens bedauern, dass der Bundesbeschluss zwanzig Jahre zu spät kommt, nachdem schon unzählige Landschaften und Ortsbilder von einmaliger oder auch von schlichter Schönheit

und Eigenart in den letzten Jahren dem Bauieber und einer planlosen wilden Bauerei zum Opfer gefallen oder stark beeinträchtigt worden sind.»

Heute sind wir um zwei Erkenntnisse reicher. Erstens: Die SVP kümmert sich nicht mehr um den Schutz der Landschaft. Der findet höchstens auf ihren Wahlbroschüren statt. Und zweitens: Ernst Ackeret hatte sich zu früh gefreut. Das damals eingeführte Raumplanungsgesetz bringt die erhofften Resultate nicht. Es ist zu wenig griffig. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes wird das korrigiert. Deshalb empfiehlt auch der Schweizerische Bauernverband dringend ein Ja. Auch die Kantone unterstützen die Revision und der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) betont, dass die Revision dazu führt, die Baukultur und Lebensqualität auf hohem

Tausende Hektaren Kulturland können vor Verbauung verschont werden.

Niveau zu halten. Tausende Hektaren Kulturland können vor Verbauung verschont werden. Das Wohnen wird dadurch nicht teurer, wie die Gegner behaupten. Denn die Mehrwertabgabe beeinflusst den Mietpreis nicht. Sie richtet sich nach dem Landpreis, und nicht umgekehrt. Die geforderten Massnahmen zur baulichen Verdichtung und gegen die Baulandhortung hingegen machen Bauland an gefragten Lagen besser zugänglich und somit günstiger.

Von einer griffigen Raumplanung profitiert nicht nur der Landschaftsschutz, sondern auch die Wirtschaft. Raumplanung sorgt für Siedlungen mit kurzen Wegen zu Schulen, Läden, Erholungsräumen und Arbeitsplätzen und reduziert so den Autoverkehr und dessen Folgen wie Lärmbelastung, Luftverschmutzung, hoher Energieverbrauch und Staus. Die Landverschwendung der letzten Jahrzehnte ist enorm teuer. Verkehr, Schutzbauten, Ver- und Entsorgung kosten die Schweiz jedes Jahr 20 Milliarden Franken – so viel wie der Bau der NEAT. Insbesondere zentral gelegene KMU leiden an Kundenverlust und unnötigen Infrastrukturkosten als Folge der Zersiedelung. Sie haben ein echtes Interesse an der Gesetzesrevision. Aber nicht nur sie – wir alle.



Beat Jans ist Nationalrat BS



Express

DARUM GEHT ES

Die Revision verlangt den Vollzug des gesetzlich verankerten Grundsatzes, wonach mit dem Boden haushälterisch umzugehen ist:

- Richtpläne müssen in den nächsten fünf Jahren auf das Ziel ausgerichtet werden, die Bauzonen auf den in den nächsten 15 Jahren zu erwartenden Bedarf zu beschränken.

- Kantone sollen auf Mehrwerten, die aus Einzonungen entstehen, eine Abgabe von mindestens 20 Prozent erheben. Damit wird ein Teil der Entschädigungen für Auszonungen finanziert. Die Einnahmen sind auch für den Erhalt des Kulturlandes, die Schonung der Landschaft oder die Siedlungsqualität einzusetzen.

- Kantone sollen die Überbauung von eingezontem Bauland anordnen können, «wenn das öffentliche Interesse es rechtfertigt».

Die Revision enthält zudem eine Regelung, wonach Solaranlagen auf Dächern keine Baubewilligung mehr benötigen.

JA ZUR ABZOCKER-INITIATIVE

Für eine gerechtere Schweiz

Die Schweiz steht in Sachen Abzockerei international mit an der Spitze, Managerlöhne und Boni sind in den letzten Jahren explodiert. Die Abzocker-Initiative setzt der Selbstbedienungsmentalität von Managern und Verwaltungsräten in börsenkotierten Unternehmen die nötigen Grenzen.

7 Fragen zur Abzocker-Initiative an Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer

Die Abzocker-Initiative ist kein SP-Projekt. Springt die SP mit ihrem Ja bloss auf einen fahrenden Zug auf?

Die SP hat als erste und einzige der grossen Parteien die Abzockerei immer entschieden bekämpft – seit Jahren, auch mit zahlreichen Vorstössen im Parlament. Die SP steht darum auch seit der Lancierung hinter der Initiative. Die Abzockerei ist Ausdruck der Gier einiger Manager und Verwaltungsräte. Sie fördert das kurzfristige Risikodenken und schadet der langfristigen Existenz der Unternehmen. Diese Gier hat auch grosse Banken fast zu Fall gebracht. Die Selbstregulierung hat deutlich versagt.

Wird die Abzocker-Initiative abgelehnt, tritt automatisch der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft. Warum ist die Initiative besser als der Gegenvorschlag?

Der indirekte Gegenvorschlag ist dank der SP zwar besser als das geltende Recht, aber viel weniger verbindlich als die Abzocker-Initiative. Zu viele fakultative Bestimmungen öffnen Schlupflöcher aller Art. Abstimmungen an Generalversammlungen könnten ausgehebelt werden, goldene Fallschirme und Millionen-Willkommensgeschenke für Manager wären nach wie vor möglich. Anders als der Gegenvorschlag, der eine Gesetzesänderung ist, werden die Forderungen aus der Abzocker-Initiative in der Verfassung verankert und können deshalb nicht so einfach wieder umgestossen werden. Die Initiative kann ausserdem rascher umgesetzt werden als der Gegenvorschlag, der dem Referendum untersteht.

Warum gibt es statt des indirekten keinen direkten Gegenvorschlag – also eine Alternative, über die man abstimmen könnte?

Das einzige echte Gegenprojekt hatte Bundesrätin Simonetta Sommaruga – gestützt auf Anträge von CVP und SP – vorgelegt: eine sogenannte Bonussteuer auf Vergütungen über 3 Millionen Franken. Hohe Vergütungen hätten bei schlechtem Geschäftsgang zudem nicht ausbezahlt werden dürfen. Diesen griffigen direkten Gegenvorschlag haben die Vertreter von Economiesuisse mithilfe der Grünliberalen im Parlament in letzter Minute zu Fall gebracht.

Die SP hat zurzeit vier zentrale Initiativprojekte für eine sozialere Schweiz. Welche Bedeutung hat die Abzocker-Initiative für diese Projekte?

Die SP kämpft für eine Schweiz für alle statt für wenige, unter anderem auch mit vier wichtigen Initiativprojekten: Die 1:12-Initiative der JUSO legt eine klare Lohnspanne zwischen

den höchsten und den tiefsten Löhnen in einer Unternehmung fest, die Mindestlohn-Initiative verlangt existenzsichernde Löhne von 4000 Franken für alle, die Erbschaftssteuer-Initiative besteuert Nachlässe von über 2 Millionen Franken mit 20 Prozent zugunsten der AHV und die Initiative gegen die Pauschalbesteuerung schafft ungerechte Steuerprivilegien für reiche Ausländerinnen und Ausländer ab.

Ein Ja zur Abzocker-Initiative verbessert die Chancen dieser Projekte. Es ist ein Signal dafür, dass die Bevölkerung genug hat von der Abzockerei oben einerseits und dem unsozialen Druck unten andererseits.

Die Abzocker-Initiative stellt weder das Kapital noch den Kapitalismus in Frage. Genauso wenig wie der indirekte Gegenvor- → Seite 4



10 GRÜNDE FÜR EIN JA

Bindende Abstimmung Die Generalversammlung stimmt bindend über die Vergütungssummen an Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Beirat ab.

Jährliche Wahl Die Verwaltungsratsmitglieder und der Präsident müssen jährlich neu gewählt werden. Das sichert den raschen Abgang unfähiger oder untätiger Verwaltungsräte.

Keine Entschädigung ohne Leistung Goldene Fallschirme oder Vorauszahlungen an Manager, Verwaltungsräte oder Beiräte sind verboten.

Die Grossen lässt man nicht laufen Fehlbaren Managern droht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren.

Die Verfassung ist eine Garantie Die Initiative wird in der Verfassung festgehalten und lässt sich nicht kurzfristig wieder umstossen.

Rasche Umsetzung Der Bundesrat muss innert eines Jahres die Ausführungsbestimmungen erlassen.

Keine Hintertüre Anders als die Initiative lässt der Gegenvorschlag viele Hintertüren offen.

Für den Standort Schweiz Boni-Manager und Gier schaden dem nachhaltigen Wirtschaften. Das zeigt die Finanzbranche deutlich.

Ende des 5-jährigen Trauerspiels Die Economiesuisse torpediert seit Jahren griffige Bestimmungen gegen die Abzockerei – auch im Gegenvorschlag. Jetzt tritt sie mit Millionen gegen die Initiative an. Sie hat die langjährige Verzögerung wesentlich mitzuverantworten.

Zeichen setzen Die Schweiz setzt mit einem Ja ein klares Zeichen gegen die gierige Boni-Politik einzelner Manager.

STANDPUNKT



Leyla Gül
Co-Generalsekretärin

Sehr viel Geld

Der Skandal, dass Economiesuisse – pardon: die Agentur von Economiesuisse – Studenten dafür bezahlt, gegen die Abzocker-Initiative Leserbriefe zu schreiben, gäbe allein schon Stoff genug für eine Kolumne. Oder die Tatsache, dass der Wirtschaftsverband für die Kampagne nicht weniger als 160 (!) Mal mehr Geld in die Hände nimmt als die SP Schweiz. Economiesuisse setzt – laut eigenen Angaben, also ist es wahrscheinlich mehr – 8 Millionen Franken dafür ein, dass Abzocker weiterhin abzocken dürfen. Sprich: Mit einem Haufen Geld soll ein noch grösserer Haufen Geld verteidigt werden.

Das wirklich Verblüffende an der Geschichte ist, dass Economiesuisse nach Auffliegen der bezahlten Leserbrief-Manipulation dementiert, davon gewusst zu haben: «Von einer Kommentarkampagne wissen wir nichts», lässt die Kampagnenverantwortliche von Economiesuisse ausrichten.

Wir rekapitulieren: Economiesuisse setzt 8 Millionen Franken (mindestens) gegen die Abzocker-Initiative ein. Sie beauftragt die Poolside AG mit der Kampagne. Wie der Feldzug genau aussieht, will der Verband aber nicht wissen; er kümmert sich weder um die zentralen Inhalte der Kampagne noch um Fragen wie Erscheinungsbild, Slogan oder Zielpublikum. Also ungefähr so, wie wenn man ein 8-Millionen-Franken-Haus kauft, ohne je darin gestanden zu sein. Oder sich einen neuen, wirklich teuren Schlitten anschafft, ohne vorher eine Testfahrt gemacht zu haben.

Es mag sein, dass Menschen, die sehr viel Geld haben, das tun. Bei allem Verständnis für so viel Grossmut und Vertrauen bleibt ein Restchen Zweifel, ob der Wirtschaftsverband wirklich so ahnungslos ist, wie er tut.

Unredlich ist es auf jeden Fall. Economiesuisse-Vertreter haben im Nationalrat jahrelang gegen jegliche griffige Massnahme gegen die Abzockerei gekämpft. So engagiert der Wirtschaftsverband auch scheinen mag: Sein Kampf gegen die Abzocker-Initiative und für den Gegenvorschlag ist der Kampf für das kleinere Übel.

Was uns betrifft: Wir geben nicht auf! Engagiert euch für ein Ja zur Abzockerinitiative. Material kann unter sekretariat@spschweiz.ch bestellt werden.

PS: Abschnitte aus diesem Text lassen sich als Leserbriefe verwenden ;-)

schlag. Warum investiert Economiesuisse so viel Geld und Energie in den Kampf dagegen?

Das Kalkül von Economiesuisse erscheint mir durchsichtig: Wird die Abzocker-Initiative angenommen, ist dies ein klares Signal von Volk und Ständen gegen die Abzockerei. Das ebnet den Weg für die griffige 1:12-Initiative der Juso. Wird die Initiative abgelehnt, so wird dies als Freipass für die Abzockerei und gegen griffige Massnahmen interpretiert. Für Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta ist es wohl auch ein Testlauf. Er will sich mit dieser Millionenkampagne die Deutungsmacht in weiteren wirtschaftspolitischen Abstimmungen erkämpfen.

Mit der Abzocker-Initiative sollen Verwaltungsräte jährlich neu gewählt werden. Bedeutet dies nicht den freien Flug für Heuschrecken, die sich Schweizer Unternehmen unter den Nagel reissen wollen?

Heuschrecken sind eine Plage – unabhän-

gig davon, ob sie aus Russland, Zug oder von der Zürcher Goldküste kommen. Die ersten Heuschrecken in der Schweiz waren Christoph Blocher und sein damaliger Kompagnon Martin Ebner. Unter dem heute geltenden Recht übernahmen sie den Alusuisse-Lonza-Konzern und filetierten ihn, um sich dann aus dem Staub zu machen. Solche Übernahmen sind also schon heute möglich, und gesetzliche Verschärfungen sind darum auch dringend notwendig – unabhängig von Abzocker-Initiative oder Gegenvorschlag.

Was empfehlt du Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen am 3. März?

Mit einem Ja stellen wir die Weichen richtig. Die Reichen werden immer reicher, und sie wollen nicht teilen. Die SP will eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen, damit die realen Löhne und Renten der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in der Schweiz steigen.

JA ZUM FAMILIENARTIKEL

Für eine zeitgemässe Familienpolitik

Unsere heutige Bundesverfassung äussert sich nur ungenügend zur Familie: Sie hält einzig deren generellen Schutz fest und garantiert eine Mutterschaftsversicherung und Kinderzulagen. Der neue Familienartikel soll die bestehende Lücke schliessen.

Ein Grossteil der Eltern ist heute erwerbstätig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist darum ein grosses Bedürfnis. Der neue Familienartikel in der Verfassung soll Bund und Kantone verpflichten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Paare die Wahl haben, wie sie Familienleben und Arbeit organisieren. Nebst der Förderung moderner Arbeitsformen geht es darum, das Angebot an Kindertagesstätten und Tagesstrukturen auszubauen und deren Qualität weiterzuentwickeln. Betreuungsangebote für Kinder im Vorschul- und Schulalter gehören heute zur Grundinfrastruktur. Sie bieten den Eltern faire Rahmenbedingungen und unterstützen die Kinder in ihrer Entwicklung.

Familien leben nicht von schönen Worten und Vergangenheitsverklärung. Was junge Paare brauchen, ist eine Gesellschaft, die gemeinsam mit ihnen Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Familien leisten unabhängig von

ihrer Lebensform viel für die Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Kinder und später für Eltern und Grosseltern. Sie vermitteln Werte wie Solidarität und Gemeinsinn

Mit dem neuen Verfassungsartikel wird die gesellschaftliche Bedeutung der Familie angemessen gewürdigt.

und schenken Vertrauen und Geborgenheit. Mit dem neuen Verfassungsartikel wird die gesellschaftliche Bedeutung der Familien angemessen und in einer zeitgemässen Form gewürdigt. Deshalb sagen wir am 3. März Ja zum neuen Familienartikel.



Jacqueline Fehr ist Nationalrätin ZH und Vizepräsidentin der SP Schweiz

Nein zum Rundum-Arbeitstag

Im Dezember hat das Parlament auf Wunsch und Druck der Erdölgesellschaft beschlossen, die Öffnungszeiten bei Tankstellenshops zu deregulieren und damit erstmals den 24-Stunden-Arbeitstag im Detailhandel einzuführen.

Der Entscheid der bürgerlichen Mehrheit im Parlament bedeutet nicht nur eine Ausweitung der Sonntagsarbeit. Der unklare Geltungsbereich wird allgemein zu einem Wildwuchs bei den Shops führen und den Liberalisierungsdruck auf die Ladenöffnungszeiten massiv erhöhen. Die «Sonntagsallianz», ein breites Komitee aus Gewerkschaften, SP, Grünen, CSP, EVP, Schweizer Bischofskonferenz und weiteren Kreisen, hat das Referendum ergriffen.

Breite Ablehnung

«Die Nacht und der Sonntag gehören uns!» lautete die unmissverständliche Aussage der direkt betroffenen Verkäuferinnen und Verkäufer, die sich im Rahmen einer Kampagne zu Wort melden konnten. Ebenso klar war die Meinung der Konsumentinnen und Konsumenten, die sich in einer Umfrage der Gewerkschaften zur Frage der Ladenöffnungszeiten äussern konnten. Auch sie lehnen die Ausdehnung auf die Nacht und den Sonntag ab. Diese breite Ablehnung hat insbesondere dazu geführt, dass wir die letzten kantonalen Abstimmungen zu diesem Thema deutlich gewinnen konnten. Sogar in Zürich gelang es uns, eine Mehrheit der Bevölkerung von einem Nein zu Nacht- und Sonntagsarbeit im Verkauf zu überzeugen.

Betroffen sind viele Frauen, ...

Das Verkaufspersonal leidet schon heute unter tiefen Löhnen, zerstückelten Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Zudem ist Nacht- und Sonntagsarbeit gesundheitsschädigend. Der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Arbeitsmedizin, Klaus Stadtmüller, sagte dazu: «Die 7x24-Stunden-Einkaufsmöglichkeit ist ein Luxus und rechtfertigt nicht, Arbeitnehmende zusätzlichen Belastungen und

Der Schutz des Sonntags ist auch ein Schutz der Gemeinschaft gegenüber masslosen Ansprüchen der Wirtschaft.

gesundheitlichen Risiken auszusetzen.» Eine kürzlich publizierte Studie etwa belegt, dass Nachtarbeit das Brustkrebsrisiko um 30 Prozent erhöht. Besonders betroffen von längeren Ladenöffnungszeiten sind Frauen, sie machen fast 70 Prozent des Verkaufspersonals aus.

... aber auch Familie und Gesellschaft

Aber nicht nur der Detailhandel ist betroffen. Der Gesetzesvorschlag höhlt das Arbeitsgesetz in einem zentralen Punkt aus – dem Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot. Das betrifft alle Beschäftigten. Von ihnen wird immer häufiger die permanente Verfügbarkeit gefordert. Mit

der ständigen Flexibilisierung der Arbeitszeit gehen wichtige gesellschaftliche Freiräume verloren. Der arbeitsfreie Sonntag ist für die Erholung und die sozialen Kontakte eine unabdingbare Voraussetzung. Die Einführung der 24-Stunden-Gesellschaft, wie sie von den bürgerlichen Turboliberalisierern verlangt wird, führt unweigerlich zum Burnout der Gesellschaft.

Neben den medizinischen Folgen gilt es auch die Folgen für Familie und Gesellschaft zu bedenken. Im Detailhandel, wo besonders viele alleinerziehende Frauen arbeiten, wird zunehmend die Bereitschaft vorausgesetzt, am Sonntag und in der Nacht zur Verfügung zu stehen. Von der fortschreitenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten betroffen sind vor allem Menschen, deren Alltag ohnehin schon einen hohen Koordinationsbedarf voraussetzt, damit das Familienleben oder familiäre und nachbarschaftliche Betreuungsverhältnisse funktionieren.

Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist auch ein Schutz der Gemeinschaft gegenüber den masslosen Ansprüchen der Wirtschaft. Dafür wehren wir uns!

Jetzt unterschreiben!
www.spschweiz.ch/24h-shopping



Corrado Pardini ist Nationalrat BE



Geht es nach der bürgerlichen Mehrheit im Parlament, sind bald nicht nur Tankstellen 24 Stunden geöffnet, sondern auch die dazu gehörenden Shops.

Qualität im Fokus

An einer Retraite tauschten sich Mitglieder der Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik der SP-Bundeshausfraktion mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Gesundheitswesen aus. Schwerpunkt war das Thema «Qualität im Gesundheitswesen».

Eine gute Gesundheitsversorgung für alle in diesem Land – wie ist sie zu gewährleisten? Die Schweiz braucht eine wissensbasierte Gesundheitspolitik, die die Patientinnen und Patienten ins Zentrum stellt und sich an konkreten Zielen misst. Mit der bürgerlichen Politik, die das Gesundheitswesen über Marktmechanismen steuern will, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Im Gegenteil: Wer die Kosten ins Zentrum stellt, handelt nicht im Interesse der Kranken. Wer an immer neuen Finanzierungsstrukturen bastelt, bewirkt nur neue Kostensteigerungen. Weil der Blick aufs eigentliche Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung, verloren geht.

Qualität ins Zentrum stellen

Neue Ansätze brauche das Land, meint ein OECD-Bericht und empfiehlt, die oft behauptete, aber nicht nachgewiesene Qualität des Schweizer Gesundheitswesens ins Zentrum der Politik zu stellen. Entscheidend sind die Qualität der Versorgung und Behandlung der Kranken sowie die Vorbeugung und Früherkennung von Gesundheitsrisiken. Entscheidend ist, dass wir uns auf die Herausforderungen der Zukunft ausrichten, auf die Zunahme von chronischen Krankheiten wie Krebs, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Mehrfacherkrankung. Für Betroffene zählt nur eines: dank möglichst kurzen, koordinier-

ten Behandlungspfaden ohne Mehrfachuntersuchungen und unnötige Eingriffe wieder gesund zu werden oder sich zumindest besser zu fühlen. Es braucht Programme für die Behandlung von Chronischkranken, um eine optimale Versorgung zu ermöglichen. Die Schweizer Gesundheitspolitik gleiche einem Blindflug ohne Instrumente, sagt die erwähnte Studie. Eine happige Kritik, aber eine berechtigte. So fehlt es an Informationen zu Grundversorgung, Personal, Gesundheitsrisiken oder Behandlungsqualität. Es fehlen die Grundlagen für eine wissensbasierte Steuerung.

Die Richtung stimmt

Die Reformpolitik beim Bund zielt in die richtige Richtung. So sind nationale Strukturen zur Umsetzung von Qualitätsprogrammen in Spitälern geplant. Die Patientensicherheit erhält hohe Priorität mit der Bekämpfung von Spitalinfekten, Antibiotikaresistenzen und Medikationsfehlern. An der Gesundheitsretraite zeigten sich denn auch alle überzeugt von dieser Strategie. Selbst die Vertreter der Kassen sangen das hohe Lied der Qualität mit.

Zur Qualitätsstrategie gehört die Versorgungsforschung. Sie

beleuchtet das System, um die besten Versorgungsstrukturen zu finden, Leitlinien für Behandlungen zu definieren oder um aufzuzeigen, welche Eingriffe und Untersuchungen auf Kompetenzzentren zu konzentrieren sind, um mehr Heilungserfolge zu erzielen. Wichtig ist auch die Prüfung der Auswirkungen politischer Entscheide, wie etwa der neuen Spitalfinanzierung. Analysen zeigen, dass die Fallpauschalen die Kosten der Kindermedizin nicht decken und dass der Wirtschaftlichkeitsdruck zu mehr Operationen führt, nur weil sie lukrativ sind.

Langfristig kommt die Schweiz nicht darum herum, im Gesundheitswesen den Föderalismus zu hinterfragen. Gestützt auf den OECD-Bericht denkt die SP an ein Bundesgesetz für Gesundheit als Rahmen für eine koordinierte strategische Steuerung, für Verbesserungen der Finanzierungsmechanismen, für eine bedarfsgerechte Planung beim Gesundheitspersonal, für eine Qualitätsstrategie und Wirtschaftlichkeit, die sich am Ziel der Volksgesundheit orientiert.



Bea Heim
ist Nationalrätin SO



Hausverein
SCHWEIZ

Für umweltbewusste
und faire EigentümerInnen

Tel. 031 311 50 55
kontakt@hausverein.ch

Wer
umweltbewusst
wohnen will
wie ich, für den
gibt's nur eins:
den Hausverein
Schweiz!



Thomas Hardegger, Nationalrat SP, Präsident Hausverein Zürich

Die **linke** Alternative zum
Hauseigentümerverband.

Jetzt beitreten!

www.hausverein.ch

Hilde Fässler tritt zurück

Hildegard Fässler hat ihren Rücktritt aus dem Nationalrat per 3. März 2013, der 16. Jahrestag ihres Amtsantritts, bekannt gegeben. Bevor sie 1997 in den Nationalrat nachrutschte, war Hildegard Fässler vier Jahre Kantonsrätin in St. Gallen. Von 2001 bis 2004 war sie Präsidentin der SP Kanton St. Gallen. Als Nationalrätin präsidierte sie von 2002 bis 2006 die Bundeshausfraktion der SP und von 2008 bis 2009 die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Ihre Nachfolgerin Claudia Friedl wird in der Frühlingssession vereidigt.

Erbschaftssteuer

Die Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» kommt zustande. Über 120 000 Unterschriften sind während der letzten Monate von EVP, SP, Gewerkschaften und Grünen für eine gerechte und moderate Erbschaftssteuer gesammelt worden. Die Initiative verlangt eine Steuer von 20 Prozent auf den Teilen von Erbschaften, die über zwei Millionen Franken liegen. Die Unterschriften werden derzeit beglaubigt. Die Einreichung der Initiative bei der Bundeskanzlei findet am 15. Februar statt.



125 JAHRE SP SCHWEIZ

«Einig – aber nicht einheitlich»

2013 feiert die SP Schweiz ihr 125-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum im Oktober erscheint das zweisprachige Buch «Einig – aber nicht einheitlich», das die Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie und das Ringen um die Ideen aufzeigt. SP-Mitglieder können es bis Ende April zum halben Preis bestellen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts existierten hierzulande bereits verschiedene Arbeiterorganisationen wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund oder der Grütliverein. In Basel, Bern, Genf, Glarus, Graubünden, im Jurabogen und in Zürich gab es sozialdemokratische Gruppierungen. Auf nationaler Ebene brauchte es jedoch drei Anläufe, bis am Arbeitertag vom 21. Oktober 1888 die SP Schweiz gegründet wurde.

Bereits das erste Parteiprogramm von 1888 enthielt die Grundpfeiler der sozialdemokratischen Politik «für alle statt für wenige», die sich als roter Faden durch die Geschichte der SP zieht. Dabei machte es sich die Partei nicht immer leicht und rang um die richtige Position. Das Jubiläumsbuch zeigt auf, dass diese gelebte Diskussionskultur eine grosse Stärke der SP ist, die es ihr ermöglicht, in der Sache einig, aber in der Meinung nicht immer einheitlich zu sein.

40 AutorInnen für 125 Jahre

Die rund 480 Seiten des Jubiläumsbuches werden ein Spiegel der SP sein, worin sich die Regionen und verschiedenen Strömungen der Partei wiederfinden. Damit dieses Ziel erreicht wird, sind in der fünfzehnköpfigen Redaktion mit Regina Wecker, Rebekka Wyler, Bernard Degen und Marc Perrenoud HistorikerInnen, mit Stefan Howald und Stefan Keller, Valérie Boillat und Heidi Witzig PublizistInnen und mit François Baer ein Büchermacher vertreten. Zudem ist das Buch konsequent zweisprachig in Deutsch und Französisch verfasst.

Um die Geschichte der SP und ihrer Ideen auch abzubilden, enthält «Einig – aber nicht einheitlich» viele, zum Teil noch kaum publizierte Bilder. Es ist in einen historischen und einen lexikalischen Teil unterteilt. Im histori-



schen roten Faden zeichnet Nicola Behrens die Entwicklung der Partei chronologisch nach. Ergänzende Beiträge von 25 weiteren, spezialisierten AutorInnen wie Leyla Gül, Adrian Knöpfli, Ralph Hug oder Gabriele Rossi erinnern an historische Wendepunkte, beleuchten

wichtige sozialdemokratische Themen und werfen einen Blick auf die Entwicklung der SP in den verschiedenen Regionen. Abgerundet wird das Buch durch ein Lexikon, das die wichtigsten AkteurInnen in Kurzbiografien aufführt und in dem die wichtigsten sozialdemokratischen Stichworte erläutert werden. Dieses Lexikon wird über das Jubiläum hinaus Bestand haben.

Spendenaufruf

2011 wurde Redboox Edition von der SP Schweiz beauftragt, das Jubiläumsbuch herauszugeben. Als Vertriebspartner konnte der Limmatverlag gewonnen werden. Die Buchproduktion muss allerdings durch Gönnerbeiträge, Spenden, Produktionszuschüsse und den Verkauf finanziert werden. Doch selbst ein guter Verkauf des Buches wird die Produktionskosten nicht decken, weshalb Spenden benötigt werden. Das Projektbudget von 200'000 Franken enthält sämtliche Autorhonorare, Herstellungskosten, Lizenzgebühren für Bilder und die Kosten der Übersetzung. Jede Spende ist willkommen, Gönnerbeiträge ab 500 Franken werden im Buch verdankt.



Yves Baer ist Mitherausgeber und Mitautor des Jubiläumsbuchs

BESTELLUNG

- Ich bin Mitglied der SP und bestelle Buch/Bücher «Einig – aber nicht einheitlich» zum Subskriptionspreis von Fr. 34.- (inkl. Versand), ab 5 Expl. reduziert sich der Preis auf Fr. 30.-/Expl. Dieses Angebot gilt bis 30. April 2013. Die Auslieferung erfolgt nach Erscheinen im Oktober 2013.
- Ich unterstütze die Herausgabe des Buchs «Einig – aber nicht einheitlich» und überweise Fr. (Beiträge über Fr. 500.- werden im Buch aufgeführt). Sendet mir einen Einzahlungsschein.

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

E-Mail

Datum

Unterschrift

redboox edition, 125 Jahre SP Schweiz, Postfach 652, 8037 Zürich, edition@redboox.ch, Fax 044 447 40 49

MITGLIEDERANGEBOT

«Einig – aber nicht einheitlich» erscheint zum Jubiläum im Oktober und ist im Buchhandel für 68 Franken erhältlich. SP-Mitglieder können bis zum 30. April vom Subskriptionsangebot profitieren und das Buch zum halben Preis über www.redboox.ch oder mit dem Talon rechts beziehen.

KNALLROT

Yvonne Feri

ist Nationalrätin AG und
Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Ein Recht auf Nahrung

Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht. Vermutlich handelt es sich aber um das am häufigsten verletzte Recht. Schätzungen von 2009 zeigen, dass weltweit fast eine Milliarde Menschen dauerhaft Hunger leiden. Hunger geht Hand in Hand mit Armut und bringt die Menschen in einen Teufelskreis. Vorwiegend in Schwellenländern leiden darunter vor allem Frauen und Kinder. Wenn Schwangere an Unterernährung leiden, wird ihr Kind mit grosser Wahrscheinlichkeit mit hirnorganischen Schäden geboren. Stillen ist praktisch unmöglich. So leiden Neugeborene oft auch noch unter irreparablen gesundheitlichen Schäden.

Wir haben wenig Einfluss auf die Entwicklungen in Schwellenländern. Wir können aber uns und unsere Wirtschaft unter die Lupe nehmen. Auf der Welt gäbe es (noch) genügend Nahrung für alle. Bei deren Verteilung und beim Profitstreben einiger international tätiger Firmen läuft aber vieles falsch. Ich bin überzeugt: Würde eine Hungerkatastrophe in New York eintreten, wäre die Verteilung von Nahrung plötzlich nicht mehr so problematisch. Doch Eritrea, Moçambique und Indien sind weit weg und geniessen wenig mediale Aufmerksamkeit. Doch wie sollen sich die Länder selber helfen? Beschaffung und Verarbeitung von Nahrung sind prioritär und lassen keine Ressourcen für Bildung übrig. Die Regierungen sind korrupt, Hilfsgüter finden den Weg oft nicht bis zu den Notleidenden.

Und wir verhandeln weiter mit solchen Ländern über Handelsverträge, liefern oder beziehen Güter, damit unsere Wirtschaft funktioniert und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wir sind die humanitäre Schweiz – sehen wir zu, was wir ändern können! Grundbedürfnisse müssen heute weltweit gestillt werden können.

Ein erster Schritt, um dieser Situation entgegenzutreten, ist die Unterstützung der Juso-Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln». Finanzkonzerne, die nichts mit der Produktion von Nahrung zu tun haben, sollen keinen Profit mehr aus steigenden Nahrungsmittelpreisen ziehen können. Es geht um internationale Solidarität mit den Verlierern eines Systems, das nicht einmal seiner Hauptaufgabe, nämlich die Menschen darin zu ernähren, gerecht wird. Auch aus Sicht der Frauen eine absolut unterstützungswürdige Initiative – auch wenn es nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist.

Nein zu Olympia 2022

Am 3. März trifft das Bündner Stimmvolk eine Entscheidung für die ganze Schweiz.

Soll die Schweiz mit einer Bündner Kandidatur für die Winterolympiade 2022 kandidieren? Der Bundesrat meint Ja. Darum überrollt Bundespräsident Maurer unseren Kanton mit der unverschämtesten Propagandamaschinerie, die wir je erlebt haben. Mit grosszügigen Finanzversprechen versucht er berechtigte Bedenken wegzuwischen. Eine Defizitgarantie über den 1-Milliarden-Kredit hinaus, wie sie Maurer verspricht, lehnen Politikerinnen und Politiker von links bis rechts aber klar ab. Ob ausgerechnet UBS-CEO Ermotti dem Geschäft Glaubwürdigkeit verleihen kann, sollen die Bündnerinnen und Bündner selber beurteilen. Die SP Graubünden jedenfalls kämpft an vorderster Front für ein Nein. Warum?

1. Olympia hat ein miserables Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Allgemeinheit. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass die Anfangszahlen der Promotoren dieses Mal stimmen (Kostenüberschreitungen gehörten bisher zu Olympia wie die fünf Ringe), sehen diese für die öffentliche Hand ziemlich düster aus. Sie trägt 100% der öffentlichen Sicherheitskosten, 75% der Kandidaturkosten, rund 70% der Investitionskosten und rund 45% der operativen Durchführungskosten. Auf der Einnahmeseite fallen nur rund die Hälfte der TV- und Marketingrechte bei den Organisatoren an, während das Olympische Komitee IOC die andere Hälfte schön für sich behält. Wer darin bei einer Grössenordnung von gesamthaft rund 4,5 Milliarden ein gutes Geschäft für die Allgemeinheit erkennt, kann nicht rechnen!

2. Die vorgegaukelte Redimensionierung der Spiele gibt es nicht. Schon heute steht fest, dass es 2022 mehr Disziplinen und Wettkämpfe geben wird als je zuvor. Die vom IOC vorgeschriebenen 23 000 Hotelzimmer bringt die ge-

samte Bündner Hotellerie knapp zusammen – wenn kein einziges Zimmer für nicht-olympische Zwecke vermietet wird. Nicht enthalten ist die Unterbringung von Athleten, Zuschauerinnen, Volunteers und Sicherheitskräften. Hier von Nachhaltigkeit zu sprechen, ist naiv oder unehrlich. Die Bündner Landschaft und Natur würde mit Olympia sicher Schaden nehmen. Nachhaltigkeitsgebrabbel hin oder her.

3. Der Gigantismus vergrault Stammgäste und schafft gleichzeitig kaum neue. Dabei ist genau das die Herausforderung für den alpinen Tourismus. In Graubünden haben wir ein Nachfrageproblem und müssen mehr Leute anziehen, die das spezifisch Bündnerische suchen und schätzen: unsere kulturelle Vielfalt und unsere einmalige Landschaft. Niemand wird nach den Spielen wegen einer weiteren Eishalle, der vergangenen Megaparty oder der abgezogenen TV-Kameras hierherkommen.

Viele Exponenten aus Bündens Wirtschafts- und Politikelite sind trotzdem für Olympia. Sind sie über Nacht von kühlen Rechnern zu blauäugigen Phantasten geworden? Nein. Sie schielen auf die grossen Subventionen aus Bern und den kurzfristigen Boom, den diese vor allem in der Bauwirtschaft auslösen würden. Das ist zwar legitim, aber mittel- und langfristig nicht sinnvoll. Gerade bei Olympia gilt: Betriebswirtschaftliches Profitdenken und volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit sind unterschiedliche Disziplinen. Für einzelne Branchen mag Olympia etwas taugen. Der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Kantons wird es mehr schaden als nützen. Für die öffentlichen Haushalte sind die Spiele ein schwarzes Loch. Darum sagen wir als verantwortungsvolle Bündnerinnen und Bündner Nein. Wir wissen, dass wir damit dem ganzen Land einen Dienst erweisen.

Jon Pult ist Grossrat
und Präsident der SP Graubünden

Für die SP Schweiz liegt der Entscheid über eine Kandidatur bei der Bevölkerung des Kantons Graubünden und der direkt betroffenen Gemeinden. Eine Kandidatur darf nur im Falle eines Ja weiterverfolgt werden. In diesem Fall würde die SP Schweiz strenge Vorgaben bezüglich Finanzen und Umwelt formulieren und eine Redimensionierung der Spiele verlangen.



Abstimmung zum neuen Raumplanungsgesetz am 3. März 2013

Zersiedelung ist heute eine schweizerische Realität, auch im Kanton Luzern. An den Sonnenhängen reiht sich Neubauquartier an Neubauquartier, in den Tälern entstehen neue Gewerbegebäude und um die Agglo herum schiessen die Möbelhäuser wie Pilze aus dem Boden. So wuchs die Siedlungsfläche im Kanton Luzern zwischen 1980/82 und 2006/07 um beinahe 3500 Hektaren. Das ist Jahr für Jahr dreimal die Fläche des Rotsees.

Das Siedlungswachstum geht hauptsächlich auf Kosten der Landwirtschaft. Bis heute verschwindet im Kanton Luzern jährlich die Fläche von neun durchschnittlichen Landwirtschaftsbetrieben. Hingegen nimmt der Verkehr ebenso zu wie die Infrastrukturkosten.

Was sind die Ursachen für die rasante Zersiedelung? Hauptursache ist die fehlgeleitete Raumplanung. Zu lange wuchsen die Bauzonen dort, wo sich Gemeinden dem Wunschtraum hingaben, so die Abwanderung stoppen zu können oder die Gemeindefinanzen zu sanieren. Bis heute zeigt sich das in den unüberbauten Bauzonen. In der Agglomeration und

in den Boomregionen um Sursee, im Rontal und im Wiggertal sind die Bauzonenreserven kleiner als im kantonalen Schnitt. Am grössten sind sie im Entlebuch, um Willisau und im Seetal.

Diese falsche Verteilung der Bauzonen führt zu vielerlei Fehlentwicklungen. Beispielhaft ist die Situation um Sursee. In Sursee arbeiten rund 8200 Erwerbstätige. Davon wohnen 2300 in Sursee und 5900 pendeln jeden Tag nach Sursee. Mehrverkehr, unbeglichene Zentrumsleistungen und so genannte Schlafgemeinden sind die Folge davon. Aber wie bereits gesagt, dort, wo die Nachfrage nach Wohn- und Gewerberaum am grössten ist, sind die verfügbaren Bauzonen am kleinsten. Hier kann man mit einer Verdichtung nach innen Gegensteuer geben. Eine Studie von 2008 schätzt das Potenzial der inneren Verdichtung für Wohn- und Gewerberaum im Kanton Luzern als dreimal so gross ein wie das Potenzial der unüberbauten Bauzonen.

Bis 2030 sollen laut den Prognosen von LU-STAT 60 000 Personen mehr als heute im Kan-

ton Luzern leben. Das Bevölkerungswachstum alleine führt dabei nicht automatisch zu mehr Zersiedelung. Aber ohne andere Raumplanung wird genau das geschehen. Bauzonen dort, wo der Bedarf ist und wo die Verkehrsanbindung gut ist, innere Verdichtung und überregionale Planung sind dafür Voraussetzung.

Der Kanton war in der Vergangenheit diesen Herausforderungen nicht immer gewachsen. Die bizarre Idee von Villenzonen im aktuellen Richtplan zeugt beispielhaft davon. Bessere Kontrolle der kantonalen Raumplanung durch den Bund gehört neben vielen weiteren Instrumenten zum neuen Raumplanungsgesetz. Ein Argument mehr für ein überzeugtes JA zum neuen Raumplanungsgesetz am 3. März.

Daniel Gähwiler

Vizepräsident SP Kanton Luzern



Zwischen 1982 und 2007 wuchs die Siedlungsfläche im Kanton Luzern um rund 3400 Hektaren. Das entspricht Jahr für Jahr dreimal der Fläche des Rotsees.

BASISSTUFE

Kindgerechter Übertritt

Die SP Kanton Bern hat die Einführung der Basisstufe in der Wahlplattform 2010 als Ziel aufgenommen. Mit dem revidierten Volksschulgesetz 2012 (REVOS 2012) ist nun die rechtliche Grundlage geschaffen. Der Kanton hat aber ausgehend von der finanziellen Situation die Einführung kontingentiert. – Jetzt gilt es, sich in den Gemeinden für die Basisstufen einzusetzen.

Interview: Christoph Salzmann

Im Schulhaus Köniz Buchsee wurde eine Basisstufe bereits 2005 als Pilotprojekt eingeführt. Regiolinks.be befragte Malu Fehlmann, Klassenlehrerin, und Marisa Vifian, ehemalige Schulleiterin der Primarschule Köniz Buchsee und heutige Leiterin der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport der Gemeinde Köniz, zu ihren Erfahrungen.

Was waren die Motive, dass ihr euch für die Basisstufe eingesetzt habt?

Marisa Vifian: Als 2003/2004 eine Umfrage zur Teilnahme am Pilotprojekt gemacht wurde, meldeten wir uns sofort an. Die Idee des flexiblen Schuleintritts begeisterte uns. Die Schere zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsständen, die die Kinder bei Schuleintritt mitbringen, öffnet sich immer wie mehr. Die einen können schon schreiben und rechnen, den andern fehlen noch die Basisfunktionen, die es für einen Schulbeziehungswiese Kindergartenalltag braucht. Die Basisstufe schien uns eine Antwort darauf. Wir hatten Glück: Beim Lehrerkollegium fanden wir gute Resonanz. Die Schulkommission und die Könizer Schulbehörden konnten rasch gewonnen werden.

Ihr blickt auf einige Jahre Erfahrung zurück – euer Fazit?

Malu Fehlmann: Die Basisstufe ermöglicht einen fließenden Übertritt in die Schulwelt. Auf die individuelle Entwicklung des Kindes kann gut Rücksicht genommen werden. Es ist toll, es dort zu fördern, wo es gerade steht. Zentral ist auch die Idee «Kinder helfen Kindern». Sie unterstützen und unterrichten sich gegenseitig – helfen ist selbstverständlich. Das macht ihnen Freude. Gehässigkeiten und Schlägereien, ausgelöst durch Konkurrenzdruck, gibt es kaum. Für die Lehrpersonen ist das Vier-Augen-Prinzip sehr entlastend. Das ist auch ein Vorteil für die Kinder. Klar, am Anfang gab es für uns mehr zu tun. Sich auf verschiedene Altersstufen einzustellen ist anspruchsvoll.

Marisa Vifian: Die Basisstufe kostet etwas mehr als Regelklassen. Wir sind aber überzeugt, dass weniger heilpädagogische Interventionen nötig sind. Das ist ein grosser Vorteil.

Werden die Kinder mit der Basisstufe besser auf die Schullaufbahn vorbereitet?



Malu Fehlmann: Die Basisstufe macht die Kinder nicht intelligenter. Ziel ist es wie bei der Regelklasse, den Boden für die Vermittlung des Schulstoffes der dritten Klasse vorzubereiten. Die Kinder verfügen aber über eine bessere Sozialkompetenz. Sie sind auch weiter in ihrer Arbeitsorganisation und können die neuen Arbeitsformen, wie sie z.B. Wochenplan und Werkstattunterricht erfordern, besser managen. Das ist wichtig für das spätere Schul- und Berufsleben.

Wie können engagierte SP-Leute die Einführung der Basisstufe in ihrer Gemeinde fördern?

Marisa Vifian: Die Basisstufe kann nicht von oben verordnet werden. Es gilt als Erstes das Lehrerkollegium und die Schulkommissionen ins Boot zu holen. Dann sollte mit dem

Schulinspektorat zur Klärung des weiteren Vorgehens Kontakt aufgenommen werden. Es ist mit einer Vorlaufzeit von 1.5 bis 2 Jahren zu rechnen, bis alles vorbereitet, bewilligt und ein gutes Team gebildet ist. Auf der Internetseite der Erziehungsdirektion findet man viele Informationen zur Einführung.

Wichtig ist auch, dass bei Schulhaussanierungen die Weichen rechtzeitig gestellt werden. Die heutigen Unterrichtsformen (Werkstattunterricht, Gruppenarbeit) brauchen mehr Schulraum. Dieser muss für die Bedürfnisse der Basisstufe gut ausgelegt werden.

Vielen Dank für das Interview.

Der Link von «Regiolinks.be» zur Basisstufe: www.ers.be.ch/basisstufe

WAS IST EINE BASISSTUFE?

Sie verbindet den Kindergarten und das erste und zweite Schuljahr der Primarstufe. In den Basisstufenklassen werden Kinder im Alter von 4 bis 8 Jahren gemeinsam unterrichtet. Die Basisstufe bietet ein pädagogisches Umfeld, in welchem die Kinder Angebote und Aufgaben erhalten, die ihrem Entwicklungsstand und ihren Interessen entsprechen. Der Übergang von spielerischen Tätigkeiten zum aufgabenorientierten Lernen erfolgt fließend. Der Unterricht orientiert sich am Entwicklungs- und Lernstand der Kinder (und nicht an ihrem Alter) und findet in flexiblen altersgemischten Lerngruppen statt.

Eine Klasse umfasst 18 bis 24 Kinder und wird von zwei Lehrkräften teilweise gemeinsam im Teamteaching unterrichtet. Für dieses Teamteaching stehen maximal 15 zusätzliche Lektionen zur Verfügung. Der Unterricht orientiert sich an den Lehrplänen des Kindergartens und der Volksschule deutsch.

Die Kinder besuchen die Basisstufe in der Regel während vier Jahren. Je nach individueller Voraussetzung und eigenem Lernweg kann der Besuch der Basisstufe auch drei oder fünf Jahre dauern.

Quelle: www.ers.be.ch/basisstufe

SCHLOSSDEBATTE

Die Weichen richtig stellen: JA zur Initiative

Die Regierung ist mit der Absicht angetreten, die Schlösser Wildenstein und Umgebung sowie Bottmingen zu verkaufen. Unter öffentlichem Druck – ich denke dabei an die Petition mit über 9000 Unterschriften – ist man diplomatischer geworden. Man redet jetzt neben «Verkauf» von der «Übertragung» an Dritte. Der Regierungsrätliche Gegenvorschlag zur Initiative sagt aber mit aller Deutlichkeit, dass Wildenstein und Schloss Bottmingen den Kanton keinen Rappen mehr kosten dürfen.

Diese Distanzierung von zwei unserer – nicht sehr zahlreichen – bedeutenden Kulturgüter hat Symbolkraft und Signalwirkung. Anlässlich jüngster Kulturdebatten versprach man, die eher bescheidenen Kulturbeiträge auf der Landschaft nicht zu vergessen. Naturgemäss findet ein grosser Teil kultureller Aktivitäten im städtischen Zentrum statt. Dazu wollen wir beitragen. Wie sollen wir aber für solche Anliegen

Mehrheiten gewinnen, wenn eine halbe Million für Wildenstein und Bottmingen schon zu viel ist?

Beim Umland Wildenstein geht es um Bestände mit über 500-jährigen Eichen. Das hat nationale Bedeutung. Deshalb hat die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz einen Beitrag von 670 000 Franken ausgerichtet. Was denkt der Subventionsgeber, wenn wir dieses Schutzobjekt nun verkaufen? Gleichzeitig höhlen wir unser Natur- und Landschaftsschutzgesetz aus, für das wir einst gekämpft haben.

Die Initiative «Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen» will nur eines: Die beiden Kulturgüter sollen in ihrer Gesamtheit erhalten bleiben und der Kanton soll dauerhaft seine Verantwortung wahrnehmen. Denkt an die Zukunft!

Ruedi Edi Belser
alt Regierungsrat



BLKB und CMS sind verlässliche Partner – Ja zum Gegenvorschlag

Der Regierungsrat wollte ursprünglich mit dem Sparpaket die Schlösser Bottmingen und Wildenstein an den Meistbietenden verkaufen. Dank der Schlösserinitiative ist die Regierung zurückgebunden und verzichtet nun auf den Verkauf der Schlösser. Sie hat eine gute Lösung gefunden, die aber nur mit einem Gegenvorschlag zur Schlösserinitiative realisiert werden kann: Das Schloss Wildenstein wird im Baurecht in eine Stiftung zum Jubiläum der Basellandschaftlichen Kantonalbank eingebracht. Die Bank stellt für diese Stiftung rund CHF 10 Mio. zur Verfügung. Die öffentliche Zugänglichkeit des Schlosses ist weiterhin gewährleistet.

Das Hofgut mit dem berühmten Eichenhain kann mit dem Gegenvorschlag an die Christoph Merian-Stiftung (CMS) verkauft werden. Die CMS ist eine Pionierin des Biolandbaus und hat langjährige Erfahrung mit der Bewirtschaftung von Bauernhöfen in sensiblen Umgebungen, z.B.

Brüglingerhof oder das historische Hofgut Löwenburg. Die CMS wird den vom Landrat bereits bewilligten Freilaufstall erstellen und will die Zusammenarbeit mit der Pächterfamilie langfristig weiterführen. Weil dem Kanton ein Vorkaufsrecht eingeräumt wurde, ist sichergestellt, dass die CMS das Hofgut nicht frei weiterverkaufen kann.

Mit dem Gegenvorschlag kann eine gute Lösung für das Wildenstein realisiert werden: Das Schloss wird erhalten und bleibt öffentlich zugänglich. Das Hofgut geht an die kompetente und verlässliche CMS. Darum stimme ich JA zum Gegenvorschlag.

Kathrin Schweizer
Präsidentin
Landratsfraktion



SEKTION SP BEZIRK WALDENBURG

Die jüngste Sektion schon mit Eric Nussbaumer unterwegs

Seit dem 15. Januar 2013 hat die SP Baselland eine neue Sektion: Aus den Sektionen des Waldenburger- und des hinteren Frenkentals ist die SP Bezirk Waldenburg entstanden. Freude und Motivation sind gross – und das junge Kind gibt auch gleich mächtig Gas. Kaum gegründet, wurde schon die erste Wahlkampf-Aktion organisiert: Bei schönem und kaltem Winterwetter gab es in Oberdorf eine Standaktion zur Unterstützung

der Regierungsrats-Kandidatur von Nationalrat Eric Nussbaumer. Mit dem Besuch des Kandidaten



vor Ort kam es neben interessanten Passantengesprächen auch zu einer schönen Begegnung der drei Alt-Landräte Paul Roth, Roland Plattner und eben Eric Nussbaumer, seines Zeichens langjähriger Landrat und Alt-Landratspräsident.

Kontakt SP Bezirk Waldenburg:
Werner Schweizer (Präsident),
schweizer-tscho@bluewin.ch,
061 841 18 01

PAROLEN

Parolen der SP Baselland zu den Abstimmungen vom 3. März

Kantonale Vorlagen

Schlossinitiative	JA
Gegenvorschlag	NEIN
Stichfrage	Initiative
Gasttaxe	JA
Regierungsratswahl	Eric Nussbaumer

Nationale Vorlagen

Abzocker-Initiative	JA
Familienartikel	JA
Raumplanungsgesetz	JA

KOMMENTAR

Ja zur Familie!

Die Bundesverfassung widmet allen möglichen Politikbereichen einen eigenen Artikel: von der Regionalpolitik bis hin zu den Wander- und Velowegen. Nicht aber der Familienpolitik. Noch nicht! Am 3. März hat es die Schweizer Bevölkerung in der Hand, der Familie jenen Platz in der Verfassung einzuräumen, den sie verdient.



Zwar entspricht die Vorlage längst nicht mehr der ursprünglichen Idee, einen «umfassenden» Familienartikel in die Verfassung aufzunehmen. Nichts desto trotz widmet sich der im parlamentarischen Prozess abgespeckte Artikel 115a einem zentralen Anliegen, indem er Bund und Kantone verpflichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Die familienpolitische Hauptverantwortung bleibt bei den Kantonen; falls diese jedoch die Vereinbarkeit nicht genügend unterstützen, kann der Bund gesamtschweizerische Vorgaben machen.

Wichtig dabei: Wie eine Familie ihren Alltag organisiert, ist und bleibt selbstverständlich Privatsache. Hingegen gehört es zu den öffentlichen Aufgaben unserer Gesellschaft, den Familien eine echte Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Modellen zu ermöglichen. Dazu braucht es ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden Betreuungsplätzen.

Der Familienartikel ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der unsere volle Unterstützung verdient... und auch brauchen wird! Denn familienpolitische Anliegen hatten es in der Schweiz – in der es kein eigenes Bundesamt geschweige denn ein Departement für Familienfragen gibt – noch nie einfach. Machen wir uns stark für die Familien und für ein deutliches JA am 3. März!

Pascale Bruderer von Nussbaumen ist SP-Ständerätin.

CARE- ODER SORGEARBEIT

Care-Arbeit: Warum soll das ein Frauenthema sein?

In der Care-Arbeit spiegeln sich die aktuelle Wirtschaftspolitik wie die Sozialpolitik: Wer leistet die reproduktive Arbeit? Beahlt oder unbezahlt? Das wichtige Thema kommt im aargauischen Sozialbericht gar nicht wirklich vor.

Auf Google gibt es zum Stichwort «Care-Arbeit» 9800000 Hits. Seit den 70er Jahren wird die Frage diskutiert, zuerst von feministischen Ökonominnen wie der Baslerin Mascha Madörin, zunehmend auch von der Soziologie und der Ökonomie und den Gleichstellungsbüros. Der Aargauer Regierung ist das Thema in ihrem Sozialbericht von 2012 aber kein Wort wert. Sucht man online unter «Care Aargau», erscheinen Angebote für Palliative Care ...

Sorge für andere ist ein Thema für sich

«Entwicklung ist nicht nur eine Frage von steigendem Einkommen (...), ebenso wichtig ist die Sorge für andere (Care). (...) Die Sorgearbeit, auch Reproduktionsarbeit genannt, ist zudem unerlässlich für eine nachhaltige Wirtschaft.»¹ So die United Nations Development-Programme von 1999 zur Sorgearbeit. Alles steht still, wenn Care nicht will. Oder nicht vorhanden ist.

Das alte Familienmodell – Mann verdient, Frau sorgt zu Hause – gilt nicht mehr. Gut ausgebildete, berufstätige Frauen, eine Scheidungsrate von über 50 Prozent, unsichere Arbeitsplätze, Ökonomisierung des gesamten Service public: Sorge und Betreuung neben der Berufsarbeit unterliegen heute anderen Bedingungen als früher. Heute wird ein Fünftel der Care-Arbeit bezahlt geleistet – meist unter schlechten Arbeitsbedingungen oder durch Schwarzarbeit. Vier Fünftel aber leisten Frau (zwei Drittel) und Mann (ein Drittel) unbezahlt, neben oder anstatt Erwerbsarbeit. Und mit der schönen, auch im Aargau gültigen Maxime «ambulant vor stationär» wird die Betreuungsarbeit ins Private ausgelagert. Finanzstatistiken erfassen nur bezahlte Dienste. Aber: «Berechnet man den Wert der unbezahlten Arbeit, dann ergeben sich allein für privat geleistete direkte Betreuungsarbeit (ohne Hausarbeit) für Kinder und Erwachsene Arbeitskosten von jährlich über 80 Milliarden Franken. Das entspricht etwa den gesamten jährlichen Arbeitskosten in Baugewerbe und Handel. Rechnet man die indirekte Care-Arbeit (Hausarbeit) dazu, dann sind es rund 100 Milliarden Franken, was den Arbeitskosten des gesamten zweiten Sektors (Industrie und Gewerbe) pro Jahr entspricht.»²

Es hängt an den Frauen

Dass vor allem Frauen die unbezahlte familiäre Betreuung übernehmen und auf Berufsarbeit verzichten, hat viele Gründe: alte Rollenbilder, tiefere Frauennöhne, einkommensabhängige Tarife in Krippen, die steuerliche Progression. Der Berufsverzicht rächt sich bei einer Scheidung, in der Karriere und der beruflichen Vorsorge. Damit wird partnerschaftliche Sorge auch zur Rechenaufgabe. Wollen Frauen andere Verhältnisse, hängt es auch an ihnen, sich gemeinsam politisch für Fortschritte einzusetzen.

In der Not eine Sklavin

In der Not, vor allem der häuslichen Pflege älterer Menschen, greifen Familien auch zur Lösung mit ausländischen Hausangestellten mit und ohne Aufenthaltsgenehmigung, die oft zu geringem Lohn, ohne volles Entgelt bis zu 24 Stunden bereit stehen. Dieser Markt boomt, und wer ihn nutzt, hat zu Recht ein schlechtes Gewissen.³ Es ist auch nicht damit getan, wie die Caritas mit ihrem Rumäninnen-Projekt das möchte, Ausländerinnen (die dann zu Hause fehlen oder nächstbilligere Care-Chain-Ausländerinnen anstellen) etwas mehr zu bezahlen – es bleibt Ausbeutung. Auch das ist eine Folge von «ambulant vor stationär» – und von horrenden Pflegeheimkosten.

Es gibt grossen Nachholbedarf im Handlungsfeld Care-Arbeit. Wir müssen das Problem endlich erkennen und lösen. Verschweigen führt zu nichts.

Katharina Kerr ist Redaktorin links.ag.

¹ Verschiedene Autorinnen: Care, Krise und Geschlecht. *Widerspruch* 62, 2013

² Sarah Schilliger: Who cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. *Widerspruch* 56, 2009, S. 93–106
Weitere Arbeiten zum Thema sind in den angegebenen Arbeiten aufgeführt.

³ United Nations Development-Programme von 1999 zur Sorgearbeit

⁴ Absicherung unbezahlter Care-Arbeit von Frauen und Männern. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Mai 2012. Anerkennung und Aufwertung der Care-Arbeit. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Oktober 2010

⁵ Yes we care. Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt, Mai 2012

Feminismus für alle!

Über 600 Frauen haben an der Umfrage der SP Frauen teilgenommen – und sie sind sich einig: Der Feminismus lebt, wenn auch in vielen verschiedenen Formen. Und auch die SP Frauen soll weiterhin als feministische Organisation der SP Schweiz bestehen bleiben. Insbesondere in der Romandie ist man offen für Veränderungen: Mehr Einsatz der Männerwelt ist hier gewünscht.

«Was bedeutet Feminismus für dich?» lautete eine der über 30 Fragen der Mitgliederumfrage der SP Frauen. Und die Antworten hätten kaum unterschiedlicher sein können: Feminismus wird definiert als persönliche Meinung, als politisches Ideal, als gelebte Realität, als Kampf für die Rechte der Frauen oder als grundlegendes sozialdemokratisches Prinzip (und das sind nur ein paar Beispiele). Trotz dieser Vielfalt an Meinungen war aber für alle Frauen klar, dass die SP Frauen als feministische Organisation innerhalb der SP Schweiz auch weiterhin eine Berechtigung hat und dass feministische Ziele auch heute noch ganz oben auf die politische Agenda gehören. Die SP Schweiz wird dabei auch in die Verantwortung gezogen: So wünschen sich die Mitglieder, dass das Thema der Gleichberechtigung von Frau und Mann wieder vermehrt in die Mitte der Partei gerückt wird und allen Mitgliedern – egal ob Frau oder Mann – auf den Nägeln brennt. Apropos Männer: Gemäss Umfrage sollen Männer künftig bei der SP Frauen herzlich willkommen sein. Rund 60 Prozent der Frauen aus der Deutschschweiz und über drei Viertel der französischsprachigen Frauen wünschen sich, dass auch Männer Mitglied bei der SP Frauen werden können. Knapp über die Hälfte der Mitglieder wünscht sich zudem auch noch die Öffnung der Organisation für Frauen anderer Parteien.

Deutlich wurde auch, welche Partner sich die Mitglieder in Zukunft für die Organisation SP Frauen wünschen: Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Organisationen



Gemäss Umfrage sollen Männer künftig bei der SP Frauen herzlich willkommen sein.

für Migrantinnen und Migranten stehen im Vordergrund. Auch die Themen, die mit Hilfe solcher Partnerschaften angegangen werden sollten, wurden klar definiert. Insbesondere die folgenden drei Themenbereiche sollen die politische Arbeit der kommenden Jahre prägen: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Lohngleichheit und verbesserte Arbeitsbedingungen sowie die Chancengleichheit. Bei der Gewichtung dieser Bereiche gingen die Meinungen aber auseinander: Während die Deutschschweizerinnen den Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen, sehen die Frauen aus der Romandie und dem Tessin insbesondere bei der Lohngleichheit und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen noch grosses Potenzial.

Die Umfrage hat aber auch gezeigt, dass der Röstigraben anscheinend auch bei feministischen Fragen existiert. Während die Romandie und das Tessin durchschnittlich der Meinung waren, Feminismus sei mit Gleichstellung gleichzusetzen, geht man in der Deutschschweiz eher davon aus, dass Gleichstellungspolitik als Instrument zur Umsetzung feministischer Ziele zu sehen ist und diese

nicht ersetzt. Auch beim Pflichtenheft für die Organisation waren sich die Landesteile nicht einig. So wünscht man sich in der lateinischen Schweiz, dass die SP Frauen künftig mit Positionspapieren und Vernehmlassungsantworten, Mediencommuniqués und Interviews sowie guten Kampagnen glänzt. Die Deutschschweizerinnen hingegen setzten den Schwerpunkt auf die Kommunikationsarbeit, die Unterstützung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihrer Arbeit und die nationale und internationale Vernetzung.

Deutlich wurde durch die Umfrage aber insbesondere, dass die SP auf eine Vielzahl von engagierten Feministinnen zählen kann – auch wenn diese sich nicht (mehr) als Feministinnen bezeichnen lassen wollen. Der Begriff «Feminismus» braucht eine Auffrischungskur, nicht die SP Frauen – da ist man sich einig.

Christina Klausener

ist Projektleiterin
Kampagnen & Kommunikation
bei der SP Frauen



STATISTISCHE ANGABEN

Rücklauf An der Online-Umfrage haben über 1000 Frauen teilgenommen. Ausgewertet wurden nur vollständig ausgefüllte «Bogen», was für 645 Umfragen zutraf. Die SP Frauen hat 12481 Mitglieder, das ergibt einen Rücklauf von 8%.

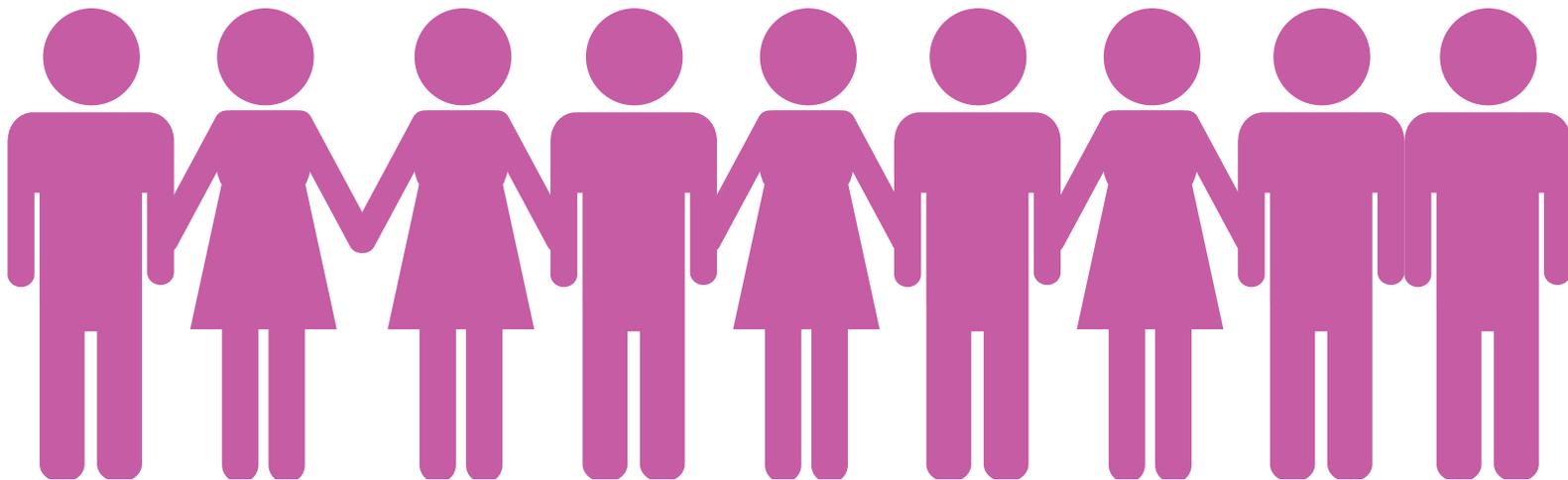
Alter Die Mehrzahl der Mitglieder befindet sich im dritten Lebensabschnitt: Gut 60% der Frauen sind zwischen 51 und 80 Jahre alt. Mit 267 Teil-

nehmerinnen und damit knapp 40% ist aber auch die jüngere Generation der 20- bis 50-Jährigen gut vertreten.

Deutsch- und lateinische Schweiz Über 800 Frauen aus der Deutschschweiz haben an der Umfrage teilgenommen. Davon haben etwas mehr als 60% alle Fragen beantwortet (493). In der lateinischen Schweiz haben sich rund 300

Frauen beteiligt, wobei die Hälfte der «Bogen» ausgewertet werden konnte (152).

Hinweis Die Umfrage wurde in Deutsch und in Französisch angeboten. Die Auswertung wurde so zusammengefasst, dass die französischsprachigen Antworten der lateinischen Schweiz und die deutschsprachigen Antworten der Deutschschweiz zugeordnet wurden.



Der Weg ist noch weit

Auch in der vermeintlich toleranten Schweiz gehören Homo- und Transphobie leider noch zum Alltag. Eine Fachkommission der SP Schweiz will die Situation von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transmenschen verbessern.

Die Selbstmordrate unter homosexuellen Jugendlichen ist fünfmal höher als bei heterosexuellen Jugendlichen und gleichgeschlechtliche Paare dürfen noch immer keine Kinder adoptieren. Mit dem Partnerschaftsgesetz wurde zwar gleichgeschlechtlichen Paaren eine Möglichkeit eingeräumt, sich gegenseitig Rechte und Pflichten zuzusichern, allerdings nur unter dem stetigen Hinweis, dass die eingetragene Partnerschaft unter keinen Umständen gleichwertig mit einer Ehe sei. Immer noch äussern sich politische ExponentInnen über Schwule, Lesben und Transmenschen beinahe grenzenlos abfällig. Gewiss erregt das öffentliche Empörung, allerdings nie im gleichen Ausmass wie bei vergleichbaren Äusserungen über Ausländerinnen und Ausländer oder Religionen.

Kürzlich reichte die CVP eine Initiative ein, mit welcher die Definition der Ehe als eine Verbindung zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankert werden soll. Ein Vorhaben, das die ultrakonservativen Republikaner in den USA seit Jahren erfolglos umzusetzen versuchen. Schwer vorstellbar, dass eine Partei einen solchen Versuch gewagt hätte, um die Ehe als Verbindung zwischen zwei Menschen derselben Rasse in der Verfassung zu verankern. Aus solchen Gründen ist es wichtig, dass die SP Fachkommissionen einsetzt, die sich auf bestimmte Gebiete fokussieren und für die Rechte aller Menschen in diesem Land kämpfen.

Die Fachkommission «sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität»

Die von der Berner Nationalrätin Margret Kienner Nellen und dem Zürcher Gemeinderat Alan David Sangines co-präsidierte Fachkommission trifft sich vierteljährlich während der Session des Bundesparlaments, um die Situation von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transmenschen zu verbessern.

Immer noch äussern sich politische ExponentInnen abfällig über Schwule, Lesben und Transmenschen.

Als Meilenstein der letzten Monate ist die Annahme der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare im Nationalrat hervorzuheben. Der Ständerat war progressiver als der Nationalrat und nahm die Volladoption an, die schon in etlichen Ländern Gesetz ist. Das Verdienst für diesen grossartigen Erfolg liegt hauptsächlich beim Dachverband Regenbogenfamilien, welcher viel Zeit investiert hat, um die Öffentlichkeit und die Parlamentsmitglieder über Umfang und Bedeutung des Adoptionsrechts aufzuklären. Die Fachkommission hat den Dachverband dabei tatkräftig unterstützt und in diversen Sitzungen über das gemeinsame Vorgehen beraten. Weiter hat der Zürcher Nationalrat und Mitglied der Fachkommission Martin Naef kürzlich ein Postulat erfolgreich durch den Nationalrat gebracht, welches einen umfassenden Bericht zum

Schutz vor Diskriminierungen in der Schweiz verlangt. Auch dieser Vorstoss war zuvor in der Fachkommission ausgiebig diskutiert worden. Die Fachkommission lädt ExpertInnen und Fachpersonen zu bestimmten Themenfeldern ein. So wird an der nächsten Sitzung vom 18. März 2013 Petrik Thomann, Vizepräsident des Vereins homosexueller Polizisten (Pink Cop), über die Arbeit seines Vereins informieren. Pink Cop hat kürzlich in der Stadt Zürich eine Kampagne lanciert, die für eine bessere Sensibilisierung gegen Homo- und Transphobie sorgen möchte und Opfer ermutigt, sich bei entsprechenden Vorkommnissen zu melden.

Viel wurde erreicht, aber es bleibt noch ein weiter Weg zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft. Ob vollständige Adoptionsrechte, die Öffnung der Ehe oder die Aufnahme der Vielfalt von Geschlechtsidentitäten, Familienformen und sexueller Orientierung im Lehrplan, die Fachkommission setzt sich überall dort ein, wo Handlungsbedarf besteht.

Wir ermutigen euch: Wendet euch an uns, wenn ihr Handlungsbedarf hinsichtlich sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ortet. Ausserdem steht der Beitritt zur Fachkommission sämtlichen SP-Mitgliedern offen, die sich aktiv für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen oder Transmenschen einsetzen wollen.

Weitere Informationen unter www.spschweiz.ch/fachkommission

Alan David Sangines ist Co-Präsident der Fachkommission sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität



Italiani e italiane al voto!

In Italien wird gewählt: Am 24. und 25. Februar werden die beiden Parlamentskammern neu bestellt. Von den insgesamt 630 Sitzen im Abgeordnetenhaus werden 12 an Auslanditalienerinnen und -italiener vergeben, im Senat sind es von den 315 Sitzen deren 6. In der Schweiz treten der Partito Democratico PD und der Partito Socialista italiano PSI mit fünf gemeinsamen Kandidierenden an.

ABGEORDNETENHAUS



Franco Narducci bisher
www.franconarducci.com



Gianni Farina bisher
www.giannifarina.eu



Emilia Sina
emilia.sina@gmail.com



Domenico Mesiano
www.mesiano.ch



Claudio Micheloni bisher
www.micheloni.ch

SENAT



Vor ziemlich genau zehn Jahren hat der italienische Staat mir und meiner Familie rückwirkend die Staatsbürgerschaft verliehen – meine Grossmutter war während der Kriegswirren in die Schweiz geflüchtet. Das Val di Cembra, aus dem meine Familie stammt, ist ein unglaublich schönes Stück Natur. Ich fühle mich in Italien bei jedem Besuch sofort zu Hause – bis ich eine Zeitung lese. Dann kann einem schnell schwarz werden vor den Augen: Was fast ein Jahrzehnt neoliberale Politik unter der Führung eines korrupten Machos angerichtet haben, ist bestürzend. Aus einem Land, das einst zu den führenden Kulturnationen gehörte, wurde eine internationale Lachnummer. Italien hat unter Berlusconi nicht nur seine politische Kultur, viel von seiner eigentlich starken, regionalen Wirtschaft, sondern auch seine Würde als demokratischer Staat eingebüsst. Die italienische Linke hat leider lange gebraucht, um sich aufzuraffen. Aber heute ist der Wille zum Wechsel spürbar: Erstmals hat die Mitte-links-Koalition mit allen Kandidierenden aus den verschiedenen Parteien interne Vorwahlen durchgeführt, aus denen der Generalsekretär des Partito Democratico, Pierluigi Bersani, mit deutlichem Abstand als

Sieger hervorging. Der PD hat die Prioritäten für ein neues Italien klargemacht: Stärkung und Ausbau der demokratischen Rechte und Institutionen und der von Berlusconi arg geschundenen Gewaltentrennung, Beseitigung der Diskriminierungen gerade von Frauen, die Aufwertung der Lohnarbeit, Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Infrastrukturen und Ökologie sowie die Stärkung der KMU-Landschaft. Und nicht zuletzt eine neue europäische Koalition für eine zukunftsgerichtete Investitionspolitik statt der verheerenden Austeritätsideologie.

Die AuslanditalienerInnen wählen im Unterschied zu den AuslandschweizerInnen ihre Vertretungen direkt. Jede Weltregion entsendet ihre Abgeordneten und SenatorInnen. Europa ist mit fünf Sitzen im Abgeordnetenhaus (Camera dei deputati) und zwei im Senat (Senato) vertreten, der PD hat aktuell drei Sitze im Abgeordnetenhaus und einen im Senat. Für die Wahlen von Ende Februar treten der Partito Democratico und der Partito Socialista Italiano PSI mit einer gemeinsamen Liste an. Spitzenkandidatin ist die in Deutschland lebende Gewerkschafterin und Anti-Mafia-Aktivistin Laura

Garavini (bisher). Die zwei weiteren PD-Sitze im Abgeordnetenhaus und der PD-Senator kommen aus der Schweiz: Gianni Farina (Pflöckikon), Franco Narducci (Wohlen) und Senator Claudio Micheloni (Neuenburg). Alle drei stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Auf der PD-Liste Europa kandidieren weiter **Domenico Mesiano** (Sion) und **Emilia Barbara Sina** (Zürich). Die linke Koalitionspartnerin Sinistra Ecologia Libertà SEL tritt in Europa zwar mit einer eigenen Liste an, unterstützt mit Bersani aber den gemeinsamen Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten.



www.pd-svizzera.ch

Der PD Svizzera hat verschiedene KandidatInnen der SP Schweiz bei den vergangenen Wahlen stark unterstützt. Jetzt ist es an der Zeit, die Solidarität umgekehrt spielen zu lassen: Unterstützt die Kandidierenden der Mitte-links-Koalition in euren Sektionen! Weitere Informationen erteilt jederzeit gerne der Sekretär des PD in der Schweiz, Michele Schiavone (michele.schiavone@sunrise.ch).

Cédric Wermuth ist Nationalrat AG und Doppelmitglied SP Schweiz/PD Svizzera

«Gleichheit führt nicht zu weniger

Mit ihrem neusten Buch sorgt Gret Haller (65) für Aufsehen. Als Gastwissenschaftlerin hat sie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main eine einmalige Übersicht über Menschenrechte und das Zusammenspiel zwischen Freiheit und Gleichheit erarbeitet. Seit kurzem wird das Buch mit dem Titel «Menschenrechte ohne Demokratie? Der Weg der Versöhnung von Freiheit und Gleichheit» auch in England und Amerika verkauft. Der ehemalige Journalist und heutige SP-Nationalrat Matthias Aebischer (45) hat das Buch gelesen und mit Gret Haller über Gleichheit, Freiheit und Menschenrechte gesprochen.

Matthias Aebischer: «Menschenrechte ohne Demokratie?» – ist der Titel des Buches nicht etwas gar provokativ geraten? Du warst ja immerhin fünf Jahre lang die Ombudsfrau für Menschenrechte in Sarajevo.

Gret Haller: Die mangelnde demokratische Auseinandersetzung mit den Menschenrechten war eines der Probleme, mit denen ich in Bosnien konfrontiert war. Seither hat sich das Problem noch verschärft, weshalb der Titel sicher nicht zu provokativ ist.

Oder anders gefragt: Wenn du das Buch früher geschrieben hättest, wärest du überhaupt Ombudsfrau geworden?

Deine Frage ist reichlich theoretisch. Die Aufgabe wurde mir vom EDA vorgeschlagen, weil ich schon damals Erfahrungen mit dem Thema Menschenrechte hatte. Aber 1996 war mir die Problematik, welche ich in diesem Buch beschreibe, überhaupt noch nicht bewusst. Ich lernte sie erst in Bosnien kennen.

Eine kleine Frage à part: Mein Computer kennt das Wort «Ombudsfrau» im Gegensatz zu «Ombudsmann» nicht und unterstreicht es rot. Nervst du dich ob solche Sachen immer noch? Das Friedensabkommen von Dayton, die englische Rechtsgrundlage für meinen Auftrag, nannte mein Amt «ombudsman». Genosse László Kovács, der damals für Ungarn die OSZE



präsidierte, stellte meine Ernennungsurkunde auf «ombudswoman» aus. Ich entschied mich dann für einen Kompromiss und nannte mich offiziell «ombudsperson».

Jetzt hast du meine Frage nicht beantwortet.

Ach, ich bin in einem Alter, in dem man nicht mehr alle Fragen beantworten muss.

Zurück zum Buch – habe ich das Buch zu wenig genau gelesen oder fehlt die Quintessenz?

Mir geht es darum, auf eine Problematik aufmerksam zu machen, die völlig unterschätzt wird. Im Nachhinein weiss ich, dass eigentlich der Untertitel des Buches die Quintessenz darstellt. Er ist übrigens identisch mit dem letzten Satz am Schluss des Buches.

Das heisst, der Untertitel «Der Weg der Versöhnung von Freiheit und Gleichheit» wäre zutreffender gewesen?

Verlage wollen provokative Titel. Du hast mich ja am Anfang gefragt, ob der Titel nicht zu provokativ sei ... Der Ausgangspunkt meiner Forschungsarbeit in Frankfurt waren eben wirklich die Menschenrechte. Auf die zentrale Bedeutung von Freiheit und Gleichheit für dieses Thema bin ich erst im Verlauf der Arbeit gekommen.

Ich gebe zu, ich habe dieses Kapitel zuerst gelesen, weil ich es am spannendsten fand. «Gleichheit muss als ein konstituierendes Ele-

ment der Freiheit gesehen werden» – kannst du das erklären?

Ich gebe auch zu: Nach anfänglichen Fehlversuchen gestalte ich Vorträge zum Buch so, dass ich mit Freiheit und Gleichheit anfangte und von da zu den Menschenrechten überleitete.

Jetzt der Reihe nach, weshalb ist die Gleichheit für die Freiheit so wichtig?

Freiheit gibt es nur als gleiche Freiheit. Im Kalten Krieg hiess es im Ostblock «Keine Freiheit ohne Gleichheit». Die US-neoliberale Gegenposition lautete «Keine Gleichheit ohne Freiheit». Im Osten fiel die Freiheit unter den Tisch, im US-amerikanischen Neoliberalismus die Gleichheit – Europa hatte immer eine Mittelposition.

Das heisst, Europa hat das für dich entscheidende Zusammenspiel zwischen Freiheit und Gleichheit bereits damals verstanden?

Jedenfalls hat die Gleichheit in Europa immer eine Rolle gespielt. Alle grossen Auseinandersetzungen in der EU drehen sich um die Frage der Freiheit und der Gleichheit. Das ist übrigens der Grund, weshalb die schweizerischen Gleichheitsverächter nicht in die EU wollen – für sie ist Gleichheit eine ähnliche Horrorvorstellung wie für die Tea-Party-Amerikaner.

Dann sollten sie also dein Buch lesen. Denn du sagst ja, dass die Gleichheit automatisch auch zu einem Freiheitszuwachs führt.



Gret Haller ist Publizistin und war für die Berner SP im Gemeinderat (Exekutive) und im Nationalrat, den sie 1994 präsidierte. Von 1996 bis 2000 wirkte sie im Auftrag der OSZE als Ombudsfrau für Menschenrechte in Sarajevo. 2006 bis 2011 forschte sie als Gastwissenschaftlerin an der Goethe-Universität

in Frankfurt am Main.

Ihr Buch «Menschenrechte ohne Demokratie?» ist im Aufbau-Verlag Berlin erschienen, ISBN 978-3-351-02751-3, Rezensionen auf www.grethaller.ch/rezensionen-2012-d.html Heute lebt Gret Haller wieder in Bern.

Freiheit»

Es ist falsch zu meinen, mehr Gleichheit führe zu weniger Freiheit. Ungleiche Freiheit ist nur kurzfristige Freiheit, denn es braucht auf die Dauer sehr viel Energie, die Ungleichheit aufrechtzuerhalten. Über kurz oder lang verlangen nämlich benachteiligte Menschen die gleiche Freiheit.

In meinem Verständnis ist das die Basis der sozialdemokratischen Idee. Ist das Buch ein SP-Buch?

Wer über Freiheit schreibt, muss sich zuerst einmal mit dem Liberalismus auseinandersetzen. Aber du hast schon recht: Die amerikanisch-deutsche Übersetzerin hat mich am Schluss der gemeinsamen Durchsicht des englischen Manuskriptes gefragt, ob ich nun eigentlich Sozialdemokratin oder Sozialistin sei. Das scheint für die USA wichtig zu sein. Ich würde sagen, es ist ein europäisches Buch.

Zurück zu den Menschenrechten. Wir haben über das Zusammenspiel von Freiheit und Gleichheit gesprochen. Was hat das nun mit den Menschenrechten zu tun?

In den Menschenrechten kommt die Freiheit zum Ausdruck. Freiheit ist ein Prozess und die Gleichheit ist der Motor dieses Prozesses. Die tatsächlichen Verhältnisse produzieren immer wieder Ungleichheiten, sodass jene, die schlechter weggekommen sind, immer wieder neu die Gleichheit ins Spiel bringen. Deshalb müssen Menschenrechte immer wieder neu ausgehandelt werden, und dies ist nur im demokratischen Verfahren möglich.

Somit hast du die Frage im Titel des Buches beantwortet.

Wenn man es aber ganz liest, erfährt man schon noch ein bisschen mehr. Für mich faszinierend war vor allem der Moment, in dem ich herausgefunden habe, dass das US-amerikanische Menschenrechtsverständnis auf einer geschichtlichen «Seitenlinie» beruht.

Seitenlinie ...?

Ein bestimmtes Verständnis des englischen Philosophen John Locke bildet die Basis der amerikanischen Sicht der Menschenrechte, welche weder mit England noch mit Frankreich übereinstimmt. Die Seitenlinie zweigt vor der französischen Revolution von Europa ab. Das ist der Grund, warum die Gleichheit in den USA einen so geringen Stellenwert hat.

Dein Buch wurde ja auch ins Englische übersetzt. Für die Amerikaner also ein Lehrbuch? Es ist seit Dezember auf dem Markt. Ich bin gespannt, ob es auch wahrgenommen wird.

GENOSSEN

Hanni Winkenbach-Rahn ist Mitglied der SP Münchenbuchsee und hat von 1980 bis 2005 auf Gemeinde- und Kantonebene aktiv politisiert.



Begegnungen in einem abgelegenen Tessiner Tal

In «Steile Welt – Leben im Onsernone» lässt Stef Stauffer Bewohnerinnen und Bewohner des Tals zu Worte kommen. Das Buch ist aber viel mehr als Oral History.

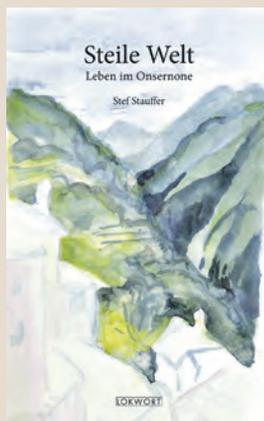
Stef Stauffer sucht im Valle Onsernone den Ausgleich zu ihrer beruflichen Tätigkeit und stösst dabei auf ein «Tal der Frauen, Tal der Stille, Tal der Träume. Dreihundert Kurven, zwei Läden und das Postauto». Behutsam hat sich die Autorin den noch übrig gebliebenen Bewohnerinnen und Bewohnern, meist ältere Menschen, angenähert. Sie hat sie zum Reden gebracht über ihr Leben in einer kargen, oft beschwerlichen Umwelt, über das Zusammenleben und Sterben und über die Kirche. Das Tal konnte nicht für alle eine Lebensgrundlage bieten. Wer weiterkommen wollte, ist ausgewandert. Väter suchten ihren Erwerb im Welschland oder in der Deutschschweiz, sahen ihre Familien nur ein bis zwei Mal pro Jahr. Wenige sind zurückgekehrt. Wir erleben die Jahreszeiten mit den Ortswechseln der Erzählenden vom Tal hinauf auf die Monti und im Hochsommer auf die Alpi und wieder hinunter. Es hat mich berührt, wie unsentimental die Lebensgeschichten erzählt werden. Nichts wird beschönigt, aber auch nichts dramatisiert. So karg wie das Leben der Menschen dort, so knapp ist auch die Sprache: präzise und schnörkellos.

Diese Geschichten verbindet Stef Stauffer in gekonnter Weise mit ihren eigenen Wahrnehmungen und Empfindungen für das Onsernonetal. Wir erleben die Steilheit, die Unwegsamkeit ebenso wie den Charme der Häuser mit ihren dicken Mauern, mit ihren kleinen Gärten und ihren Pergolen. Wir «erfahren» mit dem Postauto die schmale Strasse ins Tal, spüren die Anspannung des Chauffeurs auf dieser anspruchsvollen Strecke und atmen auf, wenn wir zuhinterst angekommen sind.

Stefs Liebe zum Onsernone wird spürbar für uns und muss auch für die Einheimischen spürbar gewesen sein. Warum sonst hätten sie sich der «Fremden» geöffnet und sie an ihrer Vergangenheit teilnehmen lassen? Wer die Valli des Locarnese liebt, sollte das Buch unbedingt lesen.

Die Autorin

Stef Stauffer, geboren 1965, ist Lehrerin und Schulleiterin in Urtenen-Schönbühl. Von 1996 bis 2004 war die SPlerin Mitglied des Grossen Gemeinderats in Münchenbuchsee und 2002 dessen Präsidentin.



Das Buch
Stef Stauffer:
**STEILE WELT –
Leben im
Onsernone**
Buchverlag
LOKWORT, Bern
204 S., 32 Franken

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch

ROTSTICH

Brecht, Maslow und Vasella

Es ist eines der ganz grossen Brachial-Bonmots, egal ob es nun von Brecht oder Liebermann stammt: «Ich kann gar nicht so viel essen, wie ich kotzen möchte.» Jüngst, bei der Lektüre des «SonntagsBlicks», hätte ich es am liebsten laut in die morgendliche Welt hinausgeschrien: Daniel Vasella durfte auf vier farbigen Seiten seine «Geld-Beichte» ablegen. Wir erfahren, dass Geld für ihn nicht wichtig ist: «Es ist doch interessant, wie viel andere Leute darüber reden. Bei mir nimmt es nicht so viel Platz ein», lässt er sich zitieren. Da würde der alte Maslow zustimmend nicken, wenn er denn noch könnte. Vasella ist halt ein Postmaterialist, wie er im Buche steht. Bei mir nimmt Geld übrigens auch nicht viel Platz ein, dafür hab ich zu wenig.

Immerhin ist dem abtretenden Novartis-Präsidenten doch auch aufgefallen, dass er ganz anständig verdient: «Später dachte ich, wie verrückt es ist, plötzlich so viel zu verdienen. Aber dann gewöhnte man sich daran. Normen verschieben sich.» Genau, «äs chunnt, wies chunnt» und es ist doch toll, wie sich der Ex-Marxist mit den veränderten finanziellen Umständen schicksalsergeben arrangiert hat. Er weiss: «Geld ist relativ.» Besonders dann, wenn man relativ viel davon besitzt.

Mit fortschreitender Lektüre spüre ich ein latentes Gefühl der Wut in mir aufsteigen. Als hätte er mich dabei ertappt, legt «Super-Dan» im Sinne eines moralischen Präventivschlages noch einen nach: «Neider sind innerlich nie glückliche Menschen.» Päng, der sitzt! Während mir immer übler wird, merke ich plötzlich: Ich habe gar nicht das Geld, um mir die Unmengen Lebensmittel zu kaufen, die ich brauchte, damit ich so viel essen könnte, wie ich kotzen möchte. Hach, der Vasella ist halt doch ein Glückspilz, denke ich. Und bin ein bisschen neidisch.

Cüpli-Sozi

GELESEN

Dienstleistungsangestellte und Mittelstandsillusion

Über 70 Prozent der Beschäftigten der Schweiz arbeiten im Dienstleistungssektor. Alle reden von der Dienstleistungsgesellschaft. Aber nur wenige schauen genauer hin, wer hier unter welchen Bedingungen arbeitet. So verwundert es nicht, dass die Beschäftigten im Tertiärsektor oft einfach der Mittelschicht zugeordnet werden und vom Aussterben der Arbeiter geredet wird. Eine Verkennung der Situation, finden die Autorin und Autoren des Buches «Verkannte Arbeit», das vor wenigen Monaten im Rotpunktverlag erschienen ist. Autorin und Autoren weisen nach, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen der meisten Angestellten im Dienstleistungsbereich nicht besser sind als jene der Arbeiter in Industrie und Gewerbe. Sie sind alle völlig abhängig vom Lohn und leben im besten Falle im «Wohlstand auf Abruf». Den Prekarisierungstendenzen aufgrund zu geringen Schutzes sind die Dienstleistungsangestellten sogar noch stärker ausgesetzt. Die Vorstellung, dass sie alle zum Mittelstand gehören, ist eine Illusion.

Mit dem Buch wollen Andreas Rieger und Vania Alleva, ehemali-

ger und aktuelle Co-PräsidentIn der Unia, und der Schreibende die Dienstleistenden und ihre Arbeit ins rechte Licht rücken. In der Öffentlichkeit werden vor allem Banker, Informatiker oder Berater mit Dienstleistenden identifiziert. Das grosse Heer der Dienstleistenden in Verkauf, Transport, Gastgewerbe und anderen Tertiärbranchen kommt selten ins Blickfeld. Das Buch bietet deshalb einen Überblick über die Beschäftigungsentwicklung, Löhne und

Arbeitsbedingungen und über das Selbstverständnis dieser Angestellten. Mit einer Reihe von ihnen wurden Interviews geführt. Schliesslich wird der gesellschaftliche Diskurs über den Tertiärsektor analysiert. Auch die Schweizer Gewerkschaften haben diesen zu lange vernachlässigt, wie im Teil über die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisierung nachzulesen ist. Allerdings organisiert die grösste Schweizer Gewerkschaft Unia mittlerweile über 50 000 Dienstleistende. Aktionen und Auseinandersetzungen erreichten den Dienstleistungssektor, wie der langen Liste am Ende des Buches zu entnehmen ist. Ein Anfang ist gemacht, aber die Gewerkschaftsbewegung ist weiterhin gefordert.

Pascal Pfister, Ko-Autor, arbeitet bei der Gewerkschaft Unia und ist Vize-Präsident der SP Basel-Stadt

Andreas Rieger, Pascal Pfister, Vania Alleva: *Verkannte Arbeit. Dienstleistungsangestellte in der Schweiz.* Rotpunktverlag Zürich, 2012, 180 Seiten, ISBN 978-3-85869-508-6.



BRIEFE

Carte Blanche von Jacqueline Fehr

Weder Schwarz noch Weiss?

Im israelisch-palästinensischen Konflikt gebe es «kein Gut und kein Böse», «kein Schwarz und kein Weiss», schreibt Jacqueline Fehr. Liegt die Wahrheit in Nahost tatsächlich in der Mitte, wie die SP-Nationalrätin suggeriert?

Am Ende der britischen Mandatszeit lebten in Palästina rund 2 Millionen Menschen, zwei Drittel davon waren Araber, ein Drittel Juden. In jüdischem Besitz waren weniger als sieben Prozent des Bodens. Der Uno-Teilungsplan von 1947 sprach dem jüdischen Staat aber fast 56 Prozent des Landes zu, dem arabischen lediglich 42 Prozent, Jerusalem und Bethlehem sollten international verwaltet werden. Die Palästinenser

lehnten ab und rutschten so in die Rolle des ewigen Verweigerers, der sein Verhängnis selber verschuldet hat, während den zionistischen Gründervätern Israels quasi staatsmännische Flexibilität attestiert wird. Das aber ist für den palästinensischen Historiker Wamid Khalidi die Sicht des Siegers, die im Westen immer noch die vorherrschende ist.

Im Krieg, der die Staatsgründung Israels 1948 begleitete, verloren 750 000 arabische Einwohner Palästinas ihr Eigentum, ihr Land und das Recht auf Rückkehr. Bis zum Waffenstillstand von 1949 hatten die Israeli 78 Prozent von Mandatspalästina erobert.

Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas strengt sich an, auf den 22 Prozent des ursprünglichen

Territoriums, die seinem Volk geblieben sind, einen lebensfähigen Staat einzurichten. Israels Premier Benjamin Netanyahu hat diesen verhandlungsbereiten Mann noch kurz vor den Wahlen als «irrelevant» bezeichnet. In den letzten vier Jahren hat die Regierung Netanyahu den widerrechtlichen Siedlungsbau im Westjordanland in einem Tempo fortgesetzt, dass die Tür für eine Zweistaatenlösung nahezu zugeschlagen ist, wie Fehr zu Recht bemerkt. «Wer stösst die Tür wieder auf?», fragt die Nationalrätin. Sicher keine europäische Linke, die zwischen Schwarz und Weiss in Nahost nicht unterscheiden kann oder will.

Marlène Schnieper, Autorin des Buchs
«Nakba – die offene Wunde.
Die Vertreibung der Palästinenser 1948 und
die Folgen»

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

AHVplus: Für eine starke AHV

D4.3.1302; 3.4.; Hotel Bern, Bern
D4.3.1303; 11.4.; Restaurant Aarhof, Olten

D4.3.1304; 16.4.; Hotel Bern, Bern
D4.3.1305, 22.4.; Congress Hotel Olten, Olten

Aufbau der Altersvorsorge, Funktionsweise, Leistungen, Beiträge und Finanzierung der AHV, Generationensolidarität, Argumentationstraining, Vorbereitung auf die Unterschriftensammlung für die SGB-Volksinitiative. Referentin: Christine Goll (Movendo) in Zusammenarbeit mit dem SGB

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen

D1.3.1301
6.–8.3.; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, BVG-Rechtsformen und -Begriffe, Verantwortung und Haftung, Information, technischer Zins, individuelle Vorsorge. Referenten: Sabino Di Mambro (Unia), Roman Kahr (Fachspezialist BVG) Heinrich Nydegger (Unia), Thomas Scheebeli (Versicherungsexperte)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen

D1.3.1303
20.–22.3.; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation, Anlageorganisation, BVV2, Risiken, Deckungsgrad, Internes Kontrollsystem (IKS), Strukturreform. Referenten: Sabino Di Mambro (Unia), Roman Kahr (Fachspezialist BVG) Heinrich Nydegger (Unia), Thomas Scheebeli (Versicherungsexperte)

Eine andere Sicht auf die Wirtschaft: Erwerbsarbeit – Hausarbeit – Sorgearbeit – Geschlechterverhältnisse

D2.1.1312
26.3.; Unia-Zentralsekretariat, Bern
Begriffe, Modelle, Bedeutung der Care-Ökonomie (die gesellschaftlich notwendige Pflege- und Sorgearbeit). ReferentInnen: Mascha Madörin (Ökonomin), Christine Michel (SGB-Frauenkommission), Heike Wach (AG Economic Literacy/WIDE-Schweiz)

Alle Ausschreibungen sind auf unserer Homepage ersichtlich. Gerne stellen wir dir unsere Broschüren auch zu (Tel. 031 370 00 70 oder info@movendo.ch).

AGENDA

1. März, Solothurn
Koordinationskonferenz
2. März, Solothurn
Delegiertenversammlung
28. Juni
Koordinationskonferenz
29. Juni
Delegiertenversammlung
7. September, Bern
Jubiläumsfest 125 Jahre SP Schweiz
25. Oktober
Koordinationskonferenz
26. Oktober
Delegiertenversammlung

www.spschweiz.ch



Maya Mülle, Geschäftsführerin Elternbildung CH, Dachverband für Elternbildung
www.elternbildung.ch

Kinder brauchen beides

Eine neue Studie der Universität Freiburg bestätigt, was Fachpersonen längst wissen: Die Familie ist sehr wichtig für die Entwicklung des Kindes. Die Studie fordert gleichwertige Anstrengungen zum Ausbau von Elternbildungs- und familienergänzenden Betreuungsangeboten, die in der Prägung der Formulierung neu sind. Prof. Margrit Stamm, die Autorin der sogenannten FRANZ-Studie («Früher an die Bildung – erfolgreicher in die Zukunft?») stellt fest, dass es erziehungskompetente Eltern gibt und dass das Elternhaus der wichtigste Prägungsort für die Kinder ist. Gerade weil unsere Gesellschaft und unsere Lebenswelten wenig familienfreundlich sind, ist es wichtig, die Bedürfnisse des Kindes ins Zentrum zu stellen und gemeinsam Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die unterschiedlichen Lebenswelten der Familien berücksichtigen. Familiäre und ausserfamiliäre Angebote sollen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden, vielmehr müssen die einzelnen Bereiche unterstützt und die Zusammenarbeit gestärkt werden.

Elternbildung, das heisst gezielte Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern, Grosseltern und anderer Betreuungspersonen, sowie klare Qualitätsstrategien für familienergänzende Einrichtungen, wie sie im Orientierungsrahmen beschrieben sind, sollen sich ergänzen. Im Idealfall kommt es zu einer gegenseitigen Stärkung der beiden Bereiche. Wichtig ist, dass die Gesellschaft und die Politik erkennen, wie wichtig die ersten Lebensjahre eines Kindes sind, und auch bereit sind, entsprechende Angebote zu unterstützen.

Es gibt genügend Beispiele gelingender Elternbildung, die Eltern frühzeitig anspricht, über die Bedürfnisse der Kleinkinder informiert, den Austausch unter den Eltern fördert und sie in ihrer Erziehungsarbeit stärkt. Es gilt nun, den Eltern den Zugang zu diesen Angeboten zu erleichtern, unabhängig davon, wo sie leben, und den Dialog unter den in der frühen Kindheit aktiven Fachpersonen zu fördern. Kinder brauchen erziehungskompetente Eltern. Und Eltern können ihre Rolle nur adäquat wahrnehmen, wenn sie über das nötige Wissen verfügen und unterstützende Rahmenbedingungen und Betreuungsangebote vorfinden.

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.1.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 11.3.



Frisch und knackig: Bordeaux blanc 2011,
Bordeaux AC, 75 cl (Sauvignon blanc),
Flasche Fr. 13.40 / 12er Karton Fr. 160.80

Verführerisch: L'Ecuyer de Couronneau 2010,
Bordeaux Supérieur AC, 75 cl (Merlot),
Flasche Fr. 11.40 / 12er Karton Fr. 136.80

Ein fruchtiges Vergnügen: Château Couronneau 2010,
Bordeaux Supérieur AC, 75 cl (Merlot),
Flasche Fr. 14.40 / 12er Karton Fr. 172.80

Ein «Vin de Garde»: Cuvée Pierre de Cartier 2010,
Bordeaux Supérieur AC, 75 cl (Merlot),
Flasche Fr. 21.90 / 12er Karton Fr. 262.80

12er Probierkarton (ohne Weisswein)
mit je 4 dieser hervorragenden Rotweine
Fr. 149.– statt 190.80

12er Probierkarton (mit Weisswein)
je 3 dieser hervorragenden Weine
Fr. 142.– statt 183.30

Pro Kunde kann nur ein Probierkarton zum Aktionspreis bezogen werden. Zuzüglich Versandkosten: Bis 12 Flaschen Fr. 14.– / 13 - 48 Flaschen Fr. 25.– / ab 450.– versandkostenfrei. Angebot gültig bis 28. Februar 2013.

..... Bitte ausfüllen und einsenden

oder gleich telefonisch unter 043 322 60 00 bestellen

- Bordeaux blanc 2011,** 12er Karton Fr. 160.80
- L'Ecuyer de Couronneau 2010,** 12er Karton Fr. 136.80
- Château Couronneau 2010,** 12er Karton Fr. 172.80
- Cuvée Pierre de Cartier 2010,** 12er Karton Fr. 262.80
- 12er Probierkarton (ohne Weisswein)** mit je 4 Flaschen Fr. 149.–
- 12er Probierkarton (mit Weisswein)** mit je 3 Flaschen Fr. 142.–

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel: _____

E-Mail: _____